

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 24 (1910)

119 (25.5.1910)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-531406](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-531406)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich Frachtporto 75 Wpf., bei Selbstabholung 65 Wpf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Wpf., einschließlich Postgebühren.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Insertate werden die fünfspezielle Korrespondenz oder deren Raum für die Inserenten in Rühringen-Bildungsarbeiten und Ungelegenheiten, sowie der Familien mit 15 Wpf. für sonstige anderwärts Inserenten mit 20 Wpf. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Insertate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

— Redaktion und Haupt-Expedition in Vant. Peterstraße 20/22. — Fernsprech-Anschluss Nr. 58, Amt Wilhelmshafen. —
Filiale in Heppens: Almenstraße 24. Fernsprecher 530.

24. Jahrgang.

Vant, Mittwoch den 25. Mai 1910.

Tr. 119.

Sozialpolitik und Bankrottkauf.

Wenn das Zentrum im Interesse reicher Leute ein Verbrechen an der Arbeiterklasse verüben will, dann sucht es für seine Agitatoren eine Bestimmung zu schaffen, die diese mit einiger Dreistigkeit als Sozialpolitik bezeichnen können. Angeblich wollte das Zentrum mit der Annahme des Budgetarbeits nicht nur den großen Grundbesitzern die Taschen füllen, sondern auch Mittel für die Witwen- und Waisenversorgung schaffen. Als sich aber zum großen Verger der Zentrumsliste in der Zolltariffkommission eine Mehrheit für den Antrag Trimborn fand, da mußte das Zentrum bremsen, und derselbe Trimborn, der in der Kommission so warm für die Witwen- und Waisenversorgung eintrat, änderte dann seinen Antrag so ab, daß der Bankrott des in Aussicht gestellten Fonds eintreten mußte.

Dasselbe Schauspiel wiederholte sich bei der Tabaksteuer. Die Tabakarbeiter wußten, daß die Annahme einer Steuer, die eine Reihe von Millionen in die Reichskasse bringt, zehntausende Tabakarbeiter dem Hungertode überliefern würde. Steigende Steuererträge bringen ein Sinken des Verbrauchs. Diese einfache Tatsache ist so allgemein bekannt, daß die Regierung sie früher, wie z. B. in dem Monopolantrag 1882 und in dem Fabrikantenvertrag ganz offen zugegeben und in Rechnung gestellt hat. In der Anlage 8 zur Begründung der Tabaksteuerertragsvorlage vom 21. November 1893 wird der Rückgang des Konsums durch eine Steuer, die 45 Millionen Mark bringen wird, bei Zigaretten und Zigarren auf ein Sechstel, und bei Rauch- und Schnupftabak auf ein Zehntel geschätzt.

Weil solcher Rückgang unausbleiblich ist, beantragten unsere Genossen bei jeder solchen Steuer Entschädigung der gefährdeten Arbeiter. Ist auch die Pflicht des Steuerzahlers im Wesen des Staats begründet, so kann es aber nicht verlangt werden, daß Zehntausende aus Patriotismus verbrennen, oder durch die Not auf die Bahnen des Verbrechens oder zur Prostitution getrieben werden.

Als bei der Beratung der Finanzreform die Tabakarbeiter zur Erklärung kam, wiederholten unsere Genossen ihre alte Taktik und stellten einen Antrag, den sie der Monopolvorlage von 1882 entnahmen. Kaum war der Antrag verteilt, da kamen ähnlich lautende Anträge vom Zentrum und von fast allen Abgeordneten anderer Parteien, die Artzeile mit großer Tabakindustrie verteilten. Der Zentrumstrag (Antrag Giesberts) wurde angenommen. Er hatte folgenden Wortlaut:

„Aus den Einnahmen auf Grund dieses Gesetzes sind den Landesregierungen, je nach dem festgesetzten Bedürfnis, entsprechende Beträge zu überweisen, aus welchen denjenigen Hausgewerbetreibenden und Arbeitern, welche innerhalb des ersten Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes vorübergehend oder für längere Zeit arbeitslos werden, ohne anderweit eine entsprechende Beschäftigung zu finden, oder welche wegen notwendig gewordenen Berufswechsels geschädigt werden, Unterstüßungen gemacht werden.“

Die näheren Vorschriften über Umfang und Bedingungen der Zuwendungen erklärt der Bundesrat, jedoch mit der Maßgabe, daß die Unterstüßung im Falle eingetretener Arbeitslosigkeit nicht weniger als drei Viertel des entgangenen Arbeitsverdienstes betragen darf.“

Diese Bestimmung hätte ausgereicht, für das erste Jahr die bitterste Not zu beseitigen. Das Zentrum wollte aber garnicht Hilfe bringen. Sein Ziel war, dem Reiche eine große Mehrerinnahme zu verschaffen. Die lokale Durchführung dieser Bestimmung hätte zur Folge haben können, daß der größte Teil der Mehrerinnahmen zur Unterstüßung verbraucht worden wäre. Die rund 200.000 Tabakarbeiter würden eine Einnahme aus Arbeitslohn von 120 Millionen Mark haben. Geht die Produktion um ein Sechstel zurück, und sollten drei Viertel des entgangenen Lohnes ersetzt werden, dann wäre hierzu jährlich eine Summe von 15 Millionen Mark erforderlich gewesen. Solche Summen wollte das Zentrum den Arbeitern nicht bewilligen, und darum brachten die Sozialpolitiker des Zentrums am 9. Juli den zweiten Antrag Giesberts-Höhe ein, durch welchen sie die Unterstüßungssumme auf vier Millionen Mark und die Zeitdauer der Unterstüßung auf zwei Jahre beschränkten. Dieser Antrag wurde dann von dem schwarz-blauen Block angenommen, und damit ein Widerspruch in den Artikel gebracht.

Zunächst sollen nach Absatz I höchstens 4 Millionen verausgabt werden, und nach Absatz II sollen mindestens 2/3 des entgangenen Verdienstes ersetzt werden. Der Widerspruch wäre nicht vorhanden, wenn nur ein Lohnverlust von höchstens 5/6 Millionen Mark entstanden wäre. Kein Remer der Verhältnisse und auch die Regierung hat aber

daran geglaubt, daß es so billig abgehen werde. Die Regierung ist durch den zweiten Antrag Giesberts in eine schwierige Lage gekommen. Entweder sie hält den ersten Absatz für bindend und gibt höchstens 4 Millionen Mark aus, dann verliert sie aber gegen den zweiten Absatz, der verlangt, daß sie drei Viertel des Lohnverlustes ersetzen soll. Oder die Regierung hält den zweiten Absatz für bindend und dann erfolgt eine Ueberstreichung der Summe.

Um mit dem Gelde auszukommen, hat die Regierung schon recht gewagte Auslegungen gleich beim Beginn der Unterstüßung angewandt. Sie erklärte, daß Zigarrenarbeiter keine Tabakarbeiter seien, und deshalb keinen Anspruch haben. Arbeiter, die wegen Krankheit entlassen waren, und nach ihrer Genesung keine Arbeit mehr finden konnten, erhielten keine Unterstüßung, weil hier ja ein Entlassungsgrund aus § 123 der Gewerbeordnung vorlag. Arbeiter, die ihrer Dienstpflicht beim Militär genügt und nach ihrer Entlassung ihr Gewerbe aufgeben mußten, waren nach Ansicht der Regierung nicht Tabakarbeiter, sondern früher einmal Zigarrenarbeiter gewesen. So wurden die ärmlichsten Auslegungen ausgestellt, und doch sind in 8 Monaten mehr als 4 Millionen Mark zur Unterstüßung verbraucht worden. Der Reichstag hat aber durch den Etat den zweiten Absatz des Artikel II abgeändert, indem er statt 4 Millionen 4750.000 Mk. bewilligt hat. Zu den mehr bewilligten 750.000 Mk. ist im Etat folgende Erläuterung gegeben:

Zur Gewährung von Beihilfen an Hausgewerbetreibende und Arbeiter des Tabakgewerbes, die wegen Verringerung des Tabaksteuerertrages vom 15. Juli 1909 arbeitslos geworden sind.

Eine Zahlung aus diesem Titel darf erst erfolgen, nachdem der in Artikel IIa des Gesetzes wegen Verringerung des Tabaksteuerertrages vom 15. Juli 1909 vorgesehene Gesamtbetrag von 4 Millionen Mark aufgebracht ist.

Der Berichterstatter Abg. Erzberger teilte mit:

„Es wurde nun die Befürchtung in der Kommission laut, ob diese Summe nun auch für alle Fälle ausreichen würde. Daraufhin hat der Herr Reichsfinanzminister in der Kommission erklärt: Für den Fall, daß dieser Betrag nicht ausreichen sollte, wollte er die beruhigende Versicherung abgeben, daß er sich für ermächtigt halten werde, Rostände unter den Tabakarbeitern mit den erforderlichen Mitteln abzuwehren. Daraufhin hat die Kommission einstimmig diesem Antrag zugestimmt.“

Zu erwähnen ist noch, daß in den Erklärungen zu den Kommissionsbeschüssen im ersten Satz die Worte standen: „In Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit.“ Diese Worte wurden von Wollensbuh befürwortet, der verlangte, daß die Unterstüßung gezahlt werden soll, sobald die Schädigung durch das Tabaksteuergesetz nachgewiesen wird. Darauf beantragte Rebel, die Worte „in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit“ durch die Worte „die wegen Verringerung des Tabaksteuerertrages vom 15. Juli 1909 arbeitslos geworden sind“ zu ersetzen. Dieser Antrag wurde angenommen. Damit hatte der Reichstag zu erkennen gegeben, daß er die Fortzahlung der nach Artikel IIa gewährten Unterstüßung auch dann wolle, wenn die vier Millionen Mark verausgabt sind.

Die jetzt veröffentlichten Zahlen werden in vielen Kreisen einige Verblüffung hervorgerufen haben. Am 17. Januar, bei Besprechung der Interpellation über die Unterstüßung der Tabakarbeiter, glaubte der Staatssekretär Vermuth, daß die schlimmste Zeit überwunden sei, weil schon ein Steigen der Einfuhr an Rohtabak Zeugnis für den beginnenden Aufschwung ablegte. Nun zeigt sich, daß die erforderliche Unterstüßungssumme von 387.000 Mk. im Dezember 1909 auf 761.000 Mk. im April d. J. gestiegen ist. Dem Fernstehenden mag es sonderlich erscheinen, und doch findet es eine ganz natürliche Erklärung.

Sicher hat jeder Zigarrenarbeiter und jeder Fabrikant gewußt, daß durch das Steuerertrags sinken Existenzen vernichtet werden. Aber jeder Fabrikant hat gehofft und geglaubt, nicht er, sondern der Andere würde zuerst erliegen. So sucht jeder nach Kräften fortzuarbeiten, in der Hoffnung, sich halten zu können. Er arbeitet fort, bis er vom Geldschlacke ereilt und rückwärts zu Boden geworfen wird. Der Konsum kann und wird schon im ganzen Reiche steigen, und doch wird es Gegenden geben, wo die Arise sich weiter vergrößert.

Wie es sich einrichten, daß der Konsument Zoll und Wertsteuer an einer Stelle und den eigentlichen Wert der Zigarre an einer anderen Stelle zu bezahlen hat, dann würde der Konsumrückgang sich gleichmäßig auf das ganze Reich verteilen und die Arise würde in verhältnismäßig kurzer Zeit überwunden sein. Jetzt liegt die Sache für die Arbeiter aber schlimmer, denn ihr Lohn wird mit als Aus-

gleichsfaktor in den Streit gezogen. Das möge folgendes Beispiel zeigen: Ein Tausend Zigaretten, für welches der Rohstoff 10 Mk. und 6,80 Mk. Zoll kostet, kostet jetzt 10 Mk. Rohstoff, 6,80 Mk. Zoll und 4 Mk. Wertsteuer. Die Kosten für Tabak sind also von 16,80 Mk. auf 20,80 Mk. erhöht. Wenn somit zu den Unkosten von 10 Mk. für Tabak noch 12 Mk. Arbeitslohn, 5 Mk. für Verpackung und 3,40 Mk. Generalumsätze kommen, dann konnte die Zigarette dort, wo man keine großen Kleinverkauferstellen hat, für 5 Wpf. das Stück verkauft werden. Da der Käufer nur dann zwei Zigaretten kauft, wenn er sie für ein Zehntelmittelstück erhält, so entsteht der Streit, wer soll die 4 Mk. erhöhte Kosten tragen? Findet der Detailist einen Fabrikanten, der statt 12 nur 8 Mk. Arbeitslohn zahlt, und der in der Lage ist, dieselben Zigaretten für 38 Mk. zu liefern, wofür sein bisheriger Fabrikant 42 Mk. haben muß, dann folgt der Kleinverkaufer dem Zünger seiner Kunden und kauft bei dem neuen Fabrikanten. In der Folgezeit ist nun der Ausgleich geschaffen. Im Zollamt erfährt man nicht, ob der Tabak, der bisher in Westfalen für 12 Mk. Arbeitslohn zu Zigaretten verarbeitet ist, nun in Baden für 8 Mk. Arbeitslohn verarbeitet wird. Aber in Westfalen sind die Arbeiter arbeitslos und der Fabrikant geht auch zu Grunde. — Erst dann, wenn der Fabrikant, der höheren Lohn zahlte, vor der rauhen Wirklichkeit steht, seine bisherigen Kunden verloren zu haben, entschließt er sich, seine Fabrik zu schließen. Dieser Kampf wird eine Reihe von Jahren toben, bis ein Zustand der Ruhe eintritt. So ist es in den achtziger Jahren gegangen und ähnlich wird es jetzt gehen.

Nun fragt sich, wie soll es mit der Unterstüßung werden? Sicher ist, daß das Zentrum die Bankrottkauf in den ursprünglich verminderten Artikel II a hineingebracht hat. Erzberger begründete diesen Streich am 14. Dezember 1909 mit folgenden Worten: „Wenn wir den Sozialdemokraten das Vergnügen gemacht hätten, an den Beschüssen zweiter Lesung festzuhalten, so wäre eben keine Mehrheit für das ganze Gesetz zustande gekommen. Meine politischen Freunde wollten aber das Zustandekommen des Gesetzes, um die ganze Finanzreform zu sichern.“ — Die Regierung und Reichstag haben aber mit den abgegebenen Versprechungen bei der Begründung der Nachforderung von 750.000 Mk. den Glauben erweckt, daß in der bisherigen Weise fortgezahlt werden soll. Die Regierung hatte zwar den Vorbehalt gemacht, daß nur in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit weitergezahlt werden solle. Diese Klausel hat der Reichstag aber gestrichelt und damit zu erkennen gegeben, daß er die Unterstüßungen in allen Fällen verlangt, wo Arbeitslosigkeit durch die erhöhte Tabaksteuer eintritt.

Genau ist es eine schwierige Lage für die Regierung. Aber sie trägt doch sonst den Verhältnissen Rechnung. Nach § 15 des Zolltarifgesetzes sollte am 1. Januar 1910 die Witwen- und Waisenversicherung in Kraft treten. Da aber durch die Beschlüsse der Agrarier und auf Antrag Trimborn die Mittel fehlten, so wurde den Verhältnissen Rechnung getragen und das Gesetz geändert. — Artikel IIa des Tabaksteuerertrages hat aber für die jetzige Situation zwei sich widersprechende Bestimmungen. Er verpflichtet die Regierung, den infolge des Gesetzes arbeitslos gewordenen Hausgewerbetreibenden und Arbeitern drei Viertel des entgangenen Lohnes auszuzahlen. Alle vor dem 15. August d. J. arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter haben einen Rechtsanspruch auf Unterstüßung, sobald sie nachweisen können, daß die Arbeitslosigkeit infolge des Tabaksteuerertrages eingetreten ist. Die Befolgung dieser Bestimmung hat freilich einen Verstoß gegen die Viermillionenklausel zur Folge. Die Bindung an die Viermillionenklausel hat aber einen Verstoß gegen den übrigen Inhalt zur Folge. Da aber der Reichstag zu erkennen gegeben hat, daß er höhere Summen bewilligen will, und der Staatssekretär sich schon im voraus Indemittel für Staatsüberforderungen geschickt hat, so muß darauf gedrungen werden, daß auch ferner die Unterstüßung fortgezahlt wird.

Politische Rundschau.

Vant, 24. Mai.

Der Dink des Geldfaks.

Jeder Tag bringt eine neue Rundgebung aus Rheinland-Westfalen, in der die nationalliberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses aufgefordert wird, umzuwallen und die Beschlüsse des Herrenhauses zu akzeptieren, und immer wieder sind es dieselben Leute, die in den verschiedensten Verfassungen an die nationalliberale Partei mit dieser schändlichen Forderung herantreten. Einmal erscheinen sie als Section der national-liberalen Partei, das andere Mal als dissentierende Gruppe des Bundes, das drittmal als Zentralverband deutscher

Industriellen, das viertelmal als Vereinigung zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Rheinland-Westfalen. Es sind aber immer dieselben Leute und dieselben Geldläse, die da ihren Einfluss auf die Entscheidung der nationalliberalen Partei im Sinne der äußersten Reaktion zu nehmen versuchen.

Das Treiben der Bestrengen vom Jultusturm, ihre Verusche, die ihnen untergebene Partei durch die Macht des Geldes zu terrorisieren und zu forumpieren sind nachgerade zum öffentlichen Skandal geworden. Kluge Politiker sind ja die Hühner nie gewesen und so haben sie auch diesmal kaum bedacht, daß ihre öffentliche Begeisterung für die Beschlässe des Herrenhauses eher erschwert als erleichtert. Heute tott zwischen den Diktatoren des Zentralverbandes und jenen Elementen, die die nationalliberale Partei wenigstens nicht öffentlich durch das goldene Joch spüren möchte, ein nicht mehr zu verhüllender Machtkampf. Der Geldsack kann aber nur heimlich wirken, auf offenem Felde steht mancher gegen ihn, der es sonst gar zu gerne mit ihm hielt.

Der Provinzialvorstand der nationalliberalen Partei in Hannover, wo nach dem belamten Wort des Synodus Dr. Kade die Industrie ohnehin die Wahlen begibt und dadurch die Führer immer noch „gefälliger machen“ wird, hat das Odium der offenen Geldschändlichkeit nicht auf sich nehmen wollen und sich mit großer Entschiedenheit gegen die Vorlage ausgesprochen. Hannover ist, was man nicht vergessen darf, die Stammprovinz des Nationalliberalismus, und dieses Hannover hat sich jetzt zu dem Diktator der Rheinisch-Westfälischen in schärfster Gegenlage gestellt!

Wenn inzwischen das Berliner Organ der Nationalliberalen noch immer für die Beschlässe des Herrenhauses und der rheinisch-westfälischen Scharfmacher Stimmung zu machen sucht, so weiß man, aus welcher Ecke solcher Wind bläst. Die Nationalzeitung, die kein Mensch lesen will, und die sich darum von Bankrott zu Bankrott schleppt, ist auf die großen Geldläse zur Freitritt ihrer Existenz angewiesen. Kein Wunder also, daß sie in Berlin tanzt, wie man in Essen aufsteht! Und wie in diesem Einzelfall, so läßt sich fast überall in der ganzen nationalliberalen Partei genau der Unterschied zwischen freien und unfreien Elementen feststellen. Alles was noch ein wenig Gefühl für Selbstständigkeit und politische Sauberkeit hat, lehnt sich gegen den Gedanken auf, daß die Partei dem elenden Entwurf des Herrenhauses zustimmen könnte. Alles, was unter dem Druß des Geldsacks steht und ohne die Gnade der wirtschaftlichen Machthaber nicht zu existieren vermag, arbeitet mit Hieberer für den Unfall.

Steigt an diesen dunklen Elementen, die nationalliberale Partei auf den Boden der Beschlässe des Herrenhauses zu locken, dann wird alle Welt wissen, wer in diesem innern Parteikampfe der eigentliche Sieger gewesen ist. Wie weit wird dann wissen, daß die Stimme der Vernunft, des Gewissens, der politischen Ehrlichkeit in der nationalliberalen Partei verhallt vor der Sprache der nackten Zahlen. Und man wird, wenn man die Haltung dieser Partei zu den verschiedenen Problemen der Gesetzgebung beurteilt, nicht mehr fragen: „Warum?“ sondern: „Für wieviel?“

Deutsches Reich.

Offizielle Marxidung.

Zwischen dem Redner des Evangelisch-Sozialen Kongresses Pastor Liebster und dem Berliner Regierungsbblatt, der Nordd. Allgem. Zeitung ist eine Fehde ausgebrochen, die nicht ohne humoristischen Reiz ist. Die allerdings sehr mißverständlichen Meinerungen des Herrn Liebster über „himmlischen und irdischen Mehrwert“ haben wegen der gefühlsmäßigen Sympathie für Marxismus, die sich in ihnen auspricht, den höchsten Zorn der Berliner Offiziellen erregt. Sehr von oben herab und in strafendem Ton suchen sie den unbotmäßigen Pastor darüber zu belehren, was eigentlich Mehrwert ist, und darüber polstert er ihnen, daß sie folgende nationalökonomische Axiomensätze nicht befolgen:

Dieser Mehrwert im Sinne von Marx ist also ein ökonomisches Geles, in Wirklichkeit nur eine höchst mangelhafte und oberflächlich begründete Behauptung, mit der die Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Der Mehrwert ist ein Gedankenprodukt, daß sich nur theoretisch fixieren, nicht gegenständlich behandeln läßt, weil er in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist.

Der Gelehrte der Nordd. A. Ztg. hält offenbar die Theorie des Mehrwert für eine Erfindung von Karl Marx und hat seine Achtung davon, daß Marx selbst die von ihm entwickelten Theorien über den Mehrwert in mehrbändigen Studien behandelt hat. Somit würde er wissen, daß das Problem des Mehrwerts die nationalökonomische Wissenschaft seit dem siebzehnten Jahrhundert beschäftigt hat, ohne daß es einem ernsthaften Gelehrten oder überhaupt einem vernünftigen Menschen eingefallen wäre, die Existenz des Mehrwerts zu bestreiten. Alle Forscher sind von der einfachen Tatsache ausgegangen, daß es Leute giebt, die sich Arbeitsprodukte aneignen, ohne selbst Arbeit zu leisten, alle diese Forscher haben anerkannt, daß es eine Differenz zwischen dem Preis der geleisteten Arbeit und dem Preis des Arbeitsprodukts giebt, und daß diese Differenz als Profit, Zins, Rente, Mehrwert oder wie der Ausdruck lautet, den Kapitalisten oder Grundbesitzern zugute kommt. Was der Offiziöus bestreitet und als „kompletten Unsinn“ bezeichnet, das sind gar nicht die Besonderheiten der marxistischen Lehre, sondern ihre allgemeinen, von der ganzen vormalig-wissenschaftlichen Wissenschaft anerkannten Voraussetzungen, die plattesten Selbstverständlichkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung selbst.

Durch solche alberne Methoden der Sozialistenbelämpfung schädigt die Regierung nur ihre eigene Sache. Die Kritik der Lehren von Marx ist im Grunde doch eine zu heile und wissenschaftlich erste Sache, als daß sie durch dergleichen platte Tagespolemiken erledigt werden könnte, in denen der Verfasser nur seine eigene Unwissenheit enthüllt. Es ist

zwar ganz richtig, daß der theologische Eifer des Herrn Pastor Liebster dem Mehrwertprogramm nicht gerade gerecht geworden ist, aber mit der durchschnittlichen Intelligenzoffizierbildung des offiziösen Marxidiers ist ihm eben auch nicht beizukommen.

Berlin, 23. Mai. Die gestern in Berlin versammelt gewesenen Vertreter des Reichsverbandes der Ärzte stellten sich im wesentlichen auf den Standpunkt des Regierungsentwurfs der Reichsversicherungsordnung. Insbesondere verlangt 1. die gleichmäßige Festlegung der Arztgebühren, 2. die Einrichtung gesonderter Vertragsauschüsse, 3. Wahl der Arztvertreter zu diesen Ausschüssen nur durch die einzelnen Ärzte des Bezirks, nicht durch die zuständige Landesvertretung, 4. Unzulässigkeit des Vorgehens der ärztlichen Ehrengerichte und der ärztlichen Korporationen gegen Ärzte, die nach den Grundfähn Verträge schließen, 5. Vermeidung jeden Zwanges zum Wechsel des Arztlokalen.

Zum Besuche der Reichshauptstadt und zur Besichtigung der kommunalen Einrichtungen wird der Lordmayor von Birmingham mit mehreren höheren Beamten der dortigen städtischen Verwaltung im Laufe dieser Woche hier eintreffen.

Aus der Justizkommission des Reichstages. In ihrer Sitzung vom Montag setzte die Justizkommission die Beratung der Strafprozessordnung beim 7. Abschnitt (Beschlagnahme und Durchsetzung) fort. Beim § 87 versuchte der Antisemit den Privatkläger in bezug auf das Recht der Beschlagnahme schlechter zu stellen, als den Vertreter der Offizialklage, doch wurde diesem Gedanken von allen Parteien und auch von der Regierung entgegengetreten.

Beim § 88 kam es zu einer ausgedehnten Debatte darüber, ob die im Gewahrsam von nichtverdächtigen Personen befindlichen Papiere, die sich auf den Verdächtigen beziehen, zwangsweise beschlaggenommen werden dürfen. Gegenüber dem bestehenden Rechtszustand bedeutet die Regierungsvorlage schon eine Verbesserung. Danach dürfen die schriftlichen Mitteilungen zwischen unverdächtigen Personen und den Verdächtigen oder Aufzeichnungen über Mitteilungen des Letzteren nicht beschlaggenommen werden. Von unseren Genossen wurde beantragt, dem § 88 folgenden Zusatz anzufügen: „Gegen die im § 48 aufgeführten Personen (Verteidiger, Rechtsanwölter und Ärzte) ist eine Beschlagnahme nur mit Zustimmung des Verdächtigen zulässig.“ Unter Ablehnung dieses Antrages wurde die Regierungsvorlage fast unanändert angenommen.

Am § 89 wird bestimmt, daß, wenn eine Gefahr im Verzuge ist, auch die Staatsanwaltschaft die Beschlagnahme ausführen könne, doch soll innerhalb drei Tagen richterliche Bestätigung dafür eingeholt werden. Dazu wurde auch von unserer Seite gefordert, anstatt „soll“ „ist“ zu sagen, sobald die richterliche Bestätigung innerhalb drei Tagen eingeholt werden muß. Sonderbarerweise stimmten gegen diese Forderung gerade die Vertreter der Parteien, die sonst immer so stark die Unantastbarkeit des Privatgenutums verteidigen, Konservativ und Nationalliberale. Diese Abänderung wurde mit den Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen, Polen und Sozialdemokraten angenommen.

Zum § 94, der im Falle der Gefahr eines Verzuges die Beschlagnahme von Postsendungen durch die Staatsanwaltschaft zuläßt, wurde ein Antrag des Zentrums angenommen, der besagt, daß die von der Staatsanwaltschaft über der Post beschlaggenommen Sendungen verschlossen von der Post auszuliefern und von der Staatsanwaltschaft verschlossen dem Richter zu übergeben sind, der über die Oeffnung der Sendung entscheidet.

Nationalliberale und Wahlrechtsvorlage. Im Gegensatz zu den Nationalliberalen in Rheinland-Westfalen haben die Nationalliberalen in der Provinz Hannover sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß die Wahlrechtsvorlage in der Fassung des Herrenhauses für die Nationalliberalen absolut unannehmbar sei. Eine Resolution, die von dem nationalliberalen Abg. Dr. Arning begründet wurde, dankt zunächst der nationalliberalen Landtagsfraktion, daß sie bisher an den Maßgebungen der Reichstagsfraktion gehalten habe, und läßt sich daran die Erwartung, daß die Fraktion niemals einem Wahlrecht zustimmen werde, das nicht die direkte und geheime Wahl gewährleistet, da ein Abweichen von diesem Standpunkt für die Partei geradezu verhängnisvoll werden möchte.

Klassenjustiz und Wahlrechtskampf. Zu Sonntag vormittag 11 Uhr war nach dem städtischen St. Leonhardspfad in Braunschweig eine öffentliche Protestversammlung gegen die Urteile der Hofmann-Kammer einberufen worden. An 10000 Personen waren erschienen. Die beiden Verteidiger des letzten Wesemeier-Prozesses, Genossen Rosenfeld-Berlin und Jospser-Braunschweig sprachen über Klassenjustiz und Wahlrechtskampf. Einmütig wurde eine scharfe Resolution zur Wahlrechtsfrage, wie gegen die Verteilung der sozialdemokratischen Redaktüre angenommen.

Nach Schluß der Versammlung bildete die Menge einen gewaltigen Zug, der seinen Weg durch die Straßen der Stadt nahm, die von der Polizei verboten worden waren. Vor dem Hause des Landgerichtsdirektors Hofmann wurde stürmisch „Hui Hofmann“ gerufen. Zu einer Sitzung der „Ordnung“ kam es nirgends, da die zahlreich aufgebotene Polizei sich neutral verhielt.

Der Deutsche Flottenverein hielt Sonntag, den 22. Mai im Reichstagsgebäude seine 10. Hauptversammlung ab. Bemerkenswert ist lediglich, daß der Vizeadmiral Weber in seinem Geschäftsbericht ausführte, die allgemeinen politischen Verhältnisse lasteten schwer auf der Arbeit des Flottenvereins und zwingen vielfach zu einer Reserve, die der Ausbreitung selbst hinderlich ist. Auch die starke Mehrbelastung dreier Flottenteile durch die Finanzreform habe solche Mitglieder zum Austritt genoten, die sich früher mit geringen Beiträgen an dem Verein beteiligt haben. Nehme man noch die Geschäftskrisis und die Wahlrechtsbewegung, so habe man die Kräfte, die die Verlusie des Flottenvereins erklär-

lich machten. Die Gesamtmitgliederzahl ist infolge Beitritts größerer Korporationen trotzdem gestiegen. Beim Jubiläum erklärte Admiral Hollmann, daß die früheren Differenzen völlig überwunden seien. Es wurde noch ein Vortrag über die Schiffe großen Displacements gehalten, in dem der Vortragende, Professor Hubloff-Berlin sich gegen den Wettlauf um die Dreadnoughts aussprach. Die nächste Hauptversammlung ist in Nürnberg.

Sozialdemokratie und Krankeustassen. In Adm reibt auf einer Tagung der rheinisch-westfälischen Gemeinden Professor Esier-Somlo von der Universität Bonn über die Reichsversicherungsordnung. Er erwähnte dabei die von der Regierung beabsichtigte Halbierung der Beiträge, durch die der sozialdemokratischen Vorherrschaft in den Krankeustassen ein Ende gemacht werden soll. Er erklärte, er siehe der Sozialdemokratie fern, mühte aber auf Grund seiner weitreichenden Erfahrungen lagen, daß die von den sozialdemokratischen Arbeitern geleiteten Krankeustassen die besten seien, was umlohnge bedeute, als die Arbeiter doch selbst die infolge der hohen Leistungen höheren Beiträge aufzubringen haben.

Oesterreich-Ungarn.

Der Fall Hofrichter vor dem Kriegesgericht. Am Montag vormittag hat vor dem Kriegesgericht in Wien die Verhandlung gegen Hofrichter ihren Anfang genommen. Hofrichter sah sehr bleich und verängstigt aus. Er äüßerte auf ganzen Abprer. Der Gerichtshof besteht aus zwei Leutnants, zwei Oberleutnants, zwei Hauptleuten und einem Major als Vorsitzenden. Nach der Verlesung der Anklage durch den Vorsitzenden wurde das mit Hofrichter aufgenommene Protokoll, das die Verteidigung des Angeklagten enthält, verlesen, worauf der Angeklagte aus dem Verhandlungssaal geführt wurde.

Belgien.

Die Wahlen zur Kammer fanden am Sonntag statt. Es mußte die Hälfte der Sitze erneuert werden. Man hoffte in dieser Wahl die liberale Mehrheit zu stützen; leider ist es nicht gelungen. Die liberale Mehrheit wird weiter bestehen bleiben, wenn auch nur mit wenigen Stimmen. Trotzdem ist festzustellen, daß überall in Belgien die Zahl der oppositionellen Stimmen zugenommen hat. Aber die Zunahme reichte nicht aus, um Mandate zu gewinnen. So haben die Sozialisten in Brüssel im ganzen 10000 Stimmen Zuwachs erhalten, ohne dadurch mehr als ihre bisherigen vier Mandate zu erzielen. Gewählt wurden in 85 Bezirken, die bisher durch 50 Liberale, 23 Liberale und 12 Sozialisten vertreten waren. Die Wahlen fanden in Brüssel, Antwerpen, Namur sowie hauptsächlich in ländlichen ländlichen Kreisen statt.

Das Endergebnis der Wahl ist: 49 Liberale, 23 Liberale und 13 Sozialisten. Die Sozialisten gewannen einen Sieg von den Liberalen.

Frankreich.

Eine neue Verstaatlichung. Minister Millerand, der von der Besichtigung des verstaatlichten Westfalenabermes zurückgekehrt ist, erklärte einem Berichterstatter, die unabwendlichen Verbesserungen des Reiches würden zehn Jahre hindurch alljährlich 55 Millionen Francs erfordern.

Der Kottler der Pariser Polizei. Nach der Einweisung des Denkmals für die Toten der Kommune auf dem Friedhof Mont Parnasse kam es am Sonntag in der Rue Caillé zu einem heftigen Zusammenstoß der rekonstruktionären Gruppen mit der Polizei, weil die Manifestanten auf der Straße rote Fahnen entfalten hatten. Die Polizei griff ein und nahm mehrere Fahnen fort. Die Manifestanten leisteten Widerstand. Mehrere Polizisten wurden durch Messerhiebe und Stockschläge verwundet.

Italien.

Keine Beschränkung der Flottenrüstung in Italien. Die Wiener Neue Freie Presse richtete an den neuen Ministerpräsidenten Luzzatti die Aufforderung, die Initiative zu ergreifen zu einem Abkommen zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn über eine Beschränkung der Flottenrüstungen. Das Organ der italienischen Regierung, Popolo Romano, lehnt das Ansuchen glatt ab mit der Begründung, daß die große Ausdehnung der italienischen Kräfte und die Ueberlegenheit der österreichischen Armee eine Beschränkung der Flottenrüstung Italien nicht gestattet. Da ist die Frage gestattet: was hat der Dreißend für einen Wert, wenn der eine Bundesgenosse glaubt fürchten zu müssen, daß der andere über ihn herfällt? Ein Bündnis, wie der Dreißend, muß doch zur Voraussetzung haben, daß der Befähigter der Verbündeten unter sich völlig gesichert ist und keiner die Absicht hat auf Kosten des anderen die Landkarte zu verzeichnen. Das italienische Volk hätte wirklich allen Unlah, seiner herrschenden Klasse den Weltmachtstiel und die Eroberungslust auszutreiben.

Die Hundertjahrfeier der Unabhängigkeit Argentiniens wurde in Rom festlich begangen. An derselben nahm auch der König teil. Der Professor und Sozialdemokrat Enrico Ferri hielt die Rede. Nach deren Beendigung spricht König Viktor Emanuel auf Ferri zu und schüttelte ihm die Hand und sprach ihm seinen Beifall aus. Er zog ihm dann unter dem Jubel der Anwesenden in ein längeres Gespräch.

Spanien.

Die Erneuerungswahlen zum Senat haben am Sonntag in Spanien stattgefunden. Von den 360 Mitgliedern der Adresschaf geht die Hälfte aus Wahlen hervor. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: 103 Liberale, 42 Konservative, 9 Karlisten und Ultramontane, 5 Regionalen, 4 Republikaner, 3 Bischöfe, 8 Wilde. Da sich der nicht aus Wahlen hervorgehende Teil des Senats aus 77 Konservativen, 14 Karlisten, Bischöfen usw. und 70 Liberalen zusammensetzt, verfügt die Regierung also über eine kleine Mehrheit. Das Parlament wird am 15 Juni zusammentreten.

Einen Riesensump will die Regierung anlegen. Sie möchte eine Anleihe von 1500 Millionen aufnehmen, deren

Ausgabe auf zehn Jahre verteilt und die in 50 Jahren gestiftet werden soll.

Dänemark.

Die Folgen des Wahlschlusses. Gestern, Montag nachmittag, fand, wie aus Kopenhagen berichtet wird, ein Ministerialrat, in dem der Ministerpräsident Zohle beauftragt wurde, dem Könige sofort nach seiner Rückkehr aus London die Demission des Kabinetts zu überreichen.

England.

Politische Auseinandersetzungen mit den Jüngsten. In Gort, dem Hauptort der Dissidenten der irischen Partei unter O'Briens Führung, sprachen, wie ein Telegramm meldet, sowohl Redmond wie O'Brien in erregten Versammlungen. Dank der Vorzüge der Behörden, die von auswärts mehrere hundert Polizeibeamte hatten kommen lassen, verlief der Vormittag ruhig, am Nachmittag kam es aber zwischen beiden Parteien zu einem heftigen Zusammenstoß, bei dem etwa zwölf Personen verletzt wurden, daß sie ins Hospital geschafft werden mußten. Auch das Parlamentsmitglied Sheehan von den Dissidenten wurde bei dieser Gelegenheit arg mißhandelt.

Der Gnaden-Strafverlaß König Georg V. ist auch auf das Meer und die Marine ausgedehnt worden.

Kleine politische Nachrichten. Die Reichsschulkommission ist in Stuttgart zusammengetreten. Nordwestdeutschland scheint nur durch den Schulrat und Professor Dr. Witt darin vertreten zu sein. — Professor Hank, einer der Hauptmitarbeiter am Bismarck-Gedenkbuch und einer der in den künftigen Jahren von dem reaktionären Weiseminister Bories genutzten öffentlichen Professoren ist gestorben. — Dem bekannten Freigeist David Friedrich Strauß, dem Verfasser des Buches Das Leben Jesu ist in Ludwigsburg ein Denkmahl gesetzt worden. Der König von Württemberg hat einen Wahl vom Schloßgarten dafür abgelehnt. — Der Statthalter von Elsass-Lothringen, Graf von Wedel, ist in Berlin, um mit dem Reichskanzler über den Versöhnungsentwurf zu verhandeln. — Das Preussische Herrenhaus hat es abgelehnt, eine Petition wegen Zulassung der Feuertätigkeit in Preußen zuzulassen. — In Nicaragua hat das Regierungskontingent vom 200 das Schiff der Rebellen im Orinoco gebohrt, wobei 1000 Menschen umkamen.

Gewerkschaftliches.

Eine allgemeine Aussperrung steht in der Bielefelder Metallindustrie bevor. Zwei Abteilungen der Bielefelder Maschinenfabrik A. G. normals Hückopp & Co. haben, wie wir schon berichteten, die Arbeit niedergelegt, weil geringe Forderungen der Arbeiter in bräcker Form abgelehnt wurden. In einem Falle handelt es sich darum, frühere Akkordpreiserhöhungen wegzumachen, im anderen Falle um eine geringe Lohnsteigerung besonders schlecht entlohnter Arbeiter. Die Organisation der Bielefelder Fabrikanten hat beide Streiks für unbedeutend erklärt und in ihrer Versammlung vom 20. d. M. die Aussperrung beschlossen. Die Aussperrung soll am 24. Mai beginnen und in der ersten Woche bestimmte Abteilungen der bestrittenen Firma, dann von Woche zu Woche bis 14. Juni die übrigen Betriebe erfassen. Von der Aussperrung werden, wenn sie perfekt werden sollte, außer rund 10000 Metallarbeitern noch circa 800 andere in der Röhren-, Fahrrad- und Automobilbauindustrie beschäftigte Arbeiter betroffen.

Lothales.

Bant, 24. Mai.

Marinerüstungen.

Das jüngst veränderte Gebot allgemeiner Sparamkeit in allen Ressorts des Reiches scheint auf das Ressort nicht zugutkommen, dem der Admiral v. Tirpitz vorsteht: auf die Marine. Wie nämlich das „Berliner Tageblatt“ erzählt, hat die Marinereverwaltung jetzt in schneller Reihenfolge die Ausrüstung mehrerer Kriegsschiffe neubauten von den Werften bestimmt. Dem zuletzt vor einigen Wochen von dem Statthalter Bullan übernommenen Dreadnoughtpanzer „Kleinland“ haben jetzt zu folgen: das von der Germaniawerk in Gaarden gebaute weitere Dreadnoughtschiff „Polen“, das bereits einige Versuchsfahrten in See von Kiel aus abhielt, dann der erste Inzinciblenzener der Flotte „von der Tann“, den die Hamburger Werft von Blohm & Sohn fertiggestellt hat und der in der neuen Woche mit seinen Versuchsfahrten beginnen soll, um dann nach Kiel übergeführt zu werden, ferner der Turbinentruer „Kolberg“, der von Danzig aus in See war und der dieser Tage bereits seine Abnahmeprobefahrt mit gutem Erfolge erledigt hat. Im weiteren Verlauf des Sommers sollen dann noch die beiden weiteren Turbinentruer „Rönin“ und „Mugoburg“ folgen, die von der Kieler Staatswerft und der Germaniawerk bereits nahezu im Bau vollendet sind. Nachdem somit in den Frühjahrsmonaten dieses Jahres die vier neuen Schiffe „Kaiser“, „Westfalen“, „Bücher“ und „Main“ ihre Probefahrten abhielten und jetzt dem Frontdienst überwiesen worden sind für „Main“ wird dies vom 6. Juni ab der Fall sein, indem das Schiff anstelle des Kreuzers Danzig in den Verband der Hochseeflotte zu treten hat; nehmen jetzt zunächst vier weitere Flottenneubauten die Probefahrten auf, denen dann in der zweiten Sommerhälfte noch zwei weitere folgen werden. Das Hauptinteresse werden die Probefahrten des Inzinciblenzenträgers von der Tann beanspruchen, mit dem der Ausbau der Panzerflotte in ein neues Stadium tritt, wie es mit dem der Schlachtschiff Flotte im vergangenen Herbst der Fall war, als zum erstenmal die beiden ersten Dreadnoughtschiffe Westfalen und Kaiser zur Inbetriebnahme gelangten. Im Ressort des Herrn von Tirpitz wird auch gefaßt: aber gewöhnlich an der unrichtigen Stelle. Der neuliche Notizerei der Flotte und der Notizerei der Kohlenarbeiter in dem Eingelände der heutigen Nummer geben einen Fingerzeig. Aber auch sonst gibt es Stellen, an denen sehr geparkt wird, obgleich es aus sozialpolitischen oder anderen Gründen notwendig wäre, nicht so zu knausen. Wir werden nicht verfehlen, bei passender Gelegenheit auf die einzelnen Fälle hinzuweisen.

Eine Gemeinderatsitzung findet am Donnerstag den 26. Mai, nachmittags 4 Uhr, im Rathausausgangsaale statt. Die Tagesordnung lautet:

- 1. Erlass eines Polizeibehuts.
- 2. Wahl der Vertreter zum Gemeinderat.
- 3. Wahl eines Beigeordneten für den auf seinen Antrag ausgeschiedenen Herrn Freese.
- 4. Straßenbau und Beschwerde der Bodenbesitzerschaft Wilhelmshaven-Bant.
- 5. Rathausplatz betreffend.
- 6. Erweiterung und Abgrenzung hinsichtlich der elektrischen Anlage.
- 7. Ankauf eines Herdes zur Gärten-Abfuhr.
- 8. Verschiedenes.

Zum Kampf im Baugewerbe. Ueber die Einigungs-Verhandlungen in Berlin wird uns geschrieben: Am Sonnabend fand unter Vorsitz des Geheimrats Wiedfeld eine unverbindliche Besprechung mit einigen Vertretern der Arbeitgeber statt. Ein genauer Termin ist vom Staatssekretär noch nicht anberaumt worden, da sich Geheimrat Wiedfeld zu Anfang dieser Woche auf einer Dienstreise in die Provinz befindet. Es ist dennoch zu erwarten, daß spätestens im Laufe von acht bis zehn Tagen die endgültige Beschlußfassung vorliegen wird.

Ein neuer Mitstreiter ist den Arbeitgebern im Baugewerbe in der Person des Agrarierhauptlings Müller-Rughorn erschienen. In dem fassam bekannten Weserboten läßt er jetzt die Produkte seiner Schriftleitung ab. Es erhebt sich, dem Artikel abzuwenden. Die Sozialdemokratie ist schuld daran, deren Macht muß gebrochen werden.

Der Müller ist es natürlich vor allem darum zu tun den Bund der Landwirte und den Agrarier als Staatsretter zu empfehlen und die volkshäufige Mehrheit im Oldenburg Landtage aufrecht zu erhalten. Für ist klug genug, für die Fortdauer der agrarischen Herrschaft zu sorgen, wenn die Agrarier bei der nächsten Landtagswahl da vereint schlagen, wo es angeht ist um die Agrarier zu verdrängen. Deshalb schreibt er:

Zwischen Arbeitern und Arbeitgebern bestehen im Grunde keine natürlichen Gegensätze. Sie sind auf einander angewiesen und haben dieselben Interessen: die Förderung der heimischen Arbeit. Die vorerhebende Tätigkeit der sozialdemokratischen Führer hat es jedoch dahin gebracht, daß sie sich gegenseitig wie Nag und Hund. Deshalb müßte es auch für alle bürgerlichen Kreise vollständig ausgeschlossen sein, mit diesen Volkserbenern auch nur im geringsten gemeinsame Sache zu machen. Wir gratulieren dem Oldenburger Arbeitgeberverband zu diesem Helfer!

Vom Halley-Komet. Wir haben mehrere Zuschriften erhalten, deren Einleger am Sonntag und auch gestern den Komet beobachtet haben. Einer der Beobachter schreibt von seiner Beobachtung am Sonntag abend 10 Uhr 20 Min.: „Der Kern des Kometen war rötlich matt, aber gut zu sehen; der Schweif war jedoch entsprechend matter.“ Ein anderer Beobachter schreibt uns von seinem Beobachtungsstande aus:

„Bemerke um 10 1/2 Uhr (Montag Nacht) den Kometen in westlicher Himmelsrichtung. Jetzt ist es 11 Uhr und noch ist derselbe mit blohem Auge zu sehen. Er macht schlingende Bewegungen und ist darum manchmal deutlich, manchmal undeutlich zu erkennen.“

In Heppens wurde, wie uns weiter mitgeteilt worden ist, der Komet mit dem Fernrohr gesehen.

Einer unserer Redakteure ist auch ausgezogen, um den Kometen zu beobachten. Er erzählt, er habe eine blasse rötliche unregelmäßig gezackte Scheibe gesehen mit einem ebenen blauen Streifen daran. Das aber als den Halley'schen Kometen auszugeben wage er nicht.

Eigentümlich ist, daß auch vom Observatorium in Heppens aus der Komet nicht beobachtet werden ist. Anderen Berichten darüber entnehmen wir: Auf den Berliner Sternwarten ist der Komet am Sonntag beobachtet worden. Er erschien bedeutend heller als am Sonnabend und stand links unterhalb von Kistor und Pollux. Da die Atmosphäre infolge der sonntäglichen Ruhe freier von Rauch und Staub war, so konnte der Komet bald nach 9 Uhr mit blohem Auge gesehen werden. Sehr großartig war das Schauspiel allerdings nicht, der Komet zeigte sich als rundliche Nebelmasse mit Verdichtungen in der Mitte. Im großen Refraktor der Uranianerwartung wurde der Komet am Sonntag abend gegen 1/9 Uhr ebenfalls aufgefunden. Bei dem tiefen Stand am Himmel erschien der Komet in der Helligkeit eines Sternes sechster Größe.

Die Schuhe werden teurer! Durch die steigenden Materialpreise und den erhöhten Arbeitslohn sind die Schuhmacher veranlaßt, eine Preissteigerung von 5 bis 10 Prozent zu lassen. (Siehe Inzerat.)

Heppens, 24. Mai.

Gefunden. Auf dem Rathaus sind eine Brotsche und ein Fahrrad als gefunden abgegeben.

Aus dem Lande.

Delmenhorst, 24. Mai.

Die Mantelarbeiten gegen hiesige Parteigenossen wird in der Bremer Bürgerzeitung wieder entstellte und unwahre Berichtigungsberichte in der schmierigsten Weise fortgesetzt. Den Vorstand zu diesem Vorgehen muß die Tatsache bereden, daß sozialdemokratische Stadtratsmitglieder den Standpunkt vertreten, Magistrats- und Stadtratsmitglieder dürfen keine städtischen Dienstungen erhalten, am allerwenigsten ohne jede Subvention, da dadurch der Korruption Tür und Tor geöffnet würde. Bei einer vorzunehmenden Wahlenwahl handelten einige sozialdemokratische Stadtratsmitglieder nach diesem selbstverständlichen Grundsatz obgleich 5 von 15 soziald. Stadtratsvertreter gegenständig beschlossen hatten. Darob stellt der Berichterstatter der Bremer Bürgerzeitung, der Barber Albert Meyer, fest, daß Disziplinbruch vorliege, solche Genossen seien nicht

„würdig“ Ehrenämter in der Partei zu bekleiden, dürften überhaupt in der Partei nicht gebildet werden und verlangte eine Parteiverammlung, die entscheiden solle. Die Parteiverammlung hat stattgefunden und den Grundsat, daß Mitglieder des Magistrats oder Stadtrats keine Ehrenämter der Stadt sein dürfen, ohne weiteres als korrekt anerkannt und diesbezüglich irgendwelche Beschlüsse nicht gefaßt. Das erwartete Scherbenstück blieb zur großen Enttäuschung des „Genossen“ Albert Meyer vollständig aus. Um nun den mangelnden Effekt der Versammlung zu erzeugen, muß die Bürgerzeitung wieder einmal dazu herhalten, um der Mittelwelt geschwollene Phrasen und erlogene Behauptungen kund zu tun. Meyer behauptet u. a.: Durch ewiges Postieren und Verhandeln mit den Gegnern liefe ein Sumpf und die Korruption in der hiesigen Partei geschaffen worden usw. Hoffentlich wird Mr. Gelegenheit gegeben, diese Behauptung zu beweisen. Solchen Infamen durch nichts begründeten Herabwürdigungen der hiesigen Partei muß endlich Einhalt geboten werden. Diese Leistungen übertrumpfen noch die Verleumdungen eines Lebus oder des Reichsflüchtlingsverbandes. — Innerhalb bleibt nach wie vor, daß die Redaktion der Bremer Bürgerzeitung solche unwahre parteischädigende Berichte in der Bürgerzeitung zum Ausdruck bringt und so das eigene Netz beschmutzen läßt. Selbst der kleine Trick, daß Mr. Meyer behauptet als die der Verammlung ausbleib, konnte die Bürgerzeitungslagerung nicht darüber hinwegtäuschen, mit wem sie es seit längerem zu tun hat.

Wapenburg, 24. Mai.

Waldbrand. Wie die Einwohnerzeitung berichtet, entstand Sonntag nachmittag, kurz nachdem der um 12.58 Uhr von Wapenburg abgefahrte Schnellzug durchgekommen war, zwischen den Stationen Dörpen und Klufe ein Waldbrand, der sich bei dem herrschenden Winde auf eine Fläche von drei Kilometern Länge ausdehnte. Das Feuer vernichtete einen großen Bestand von Ästern und jüngeren Tannen. Von Dörpen wurden in einem Sonderzug Arbeiter zur Hilfeleistung gelandt.

Aus aller Welt.

Berlin überfliegen. Der Koalitzer Frey flog Montag abend 7 1/2 Uhr in Johannisthal mit seinem Arman-Zwei-Decker auf und flog in schöner Fahrt über Berlin weg. Um 8 Uhr befand sich Frey auf dem Rückflug nach Johannisthal. Der Koalitzer landete nach einem Flug von 37 Minuten, wobei er eine Höhe von 400 bis 500 Meter erreichte, glatt wieder in Johannisthal. Der Flug ging von Johannisthal über das Tempelhofer Feld, den Tiergarten, die Linden entlang über das Tgl. Schloß, die Spree entlang nach Johannisthal zurück, wo Frey auf dem Flugplatz noch zwei Stunden ausführte.

Krieg im Frieden. Aus Zweibrücken meldet die Pfälzische Volkszeitung: Als das 22. Infanterieregiment kürzlich in Bishwagen nach dem Truppenübungsplatz bei Hammelburg gebracht wurde, wurde in der Bürgerzeitung die Befürchtung laut, daß zahlreiche Soldaten bei der Hitze und Enge in den Wagen die Fahrt kaum ertragen würden. Nach munter eingelangten Privatmeldungen soll ein Kaserne bereits gestorben sein, fünf Mann seien schwer und zwei leicht erkrankt.

Kleine Todesnachricht. Im Grunewald bei Berlin lief am Sonntag ein Automobil-Omnibus gegen einen Baum. Zwei Damen wurden schwer, zehn andere Passagiere leichter verletzt. — Durch Leuchtgas verbrannte in Friedrichshagen die Familie Bittor Selbmond zu werden. Die Frau und zwei Kinder sind tot. Der Mann ist noch. — Die Kaiser-Wilhelm-Bridge im Prignitzort ist abgebrannt. — Auf der Straße Krönung wurde in Hadersleben ein Rechtsanwalt aus Rodding. — Auf dem Westplatz in Leipzig rannten am Sonntag vier Straßenbahnwagen zusammen. Siebzehn Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt. — Bei Wohlfurt in Schlefien sind durch Feuer 600 bis 800 Horgen Weizen vernichtet worden. — Im Sauerland (Grafschaft Durheim) hat ein Arbeiter seine Frau und vier Kinder ermordet und dann versucht, sich die Kehle zu durchschneiden. — Bei einem Schulausflug wurden in einem Dorf bei Wuxenburg durch Blitzschlag drei Kinder getötet, 22 Kinder und der Lehrer verletzt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 24. Mai. Der Brand der Brücke am Strande von Heeringendorf ist auf Fahrlässigkeit und die Explosion eines Benzinhalters zurückzuführen. Es ist gelungen, dem Feuer so Einhalt zu tun, daß der Rastpaullion und die linke Seite erhalten blieben.

Altenessen, 24. Mai. Auf der Grube Helena fiel ein Gesteinbohrer 100 Meter in einen Schacht herab auf arbeitende Hauer. Zwei wurden getötet, einer verwundet.

Paris, 24. Mai. Auf dem Bahnhof Mont Parnah entgleiste ein Zug. Der Fahrer und der Heizer wurden getötet, mehrere Passagiere verwundet.

Stockholm, 24. Mai. Der Reichstag nahm das Gesetz an, nach welchem die wunderbaren Wasserfälle des Landes im Allgemeininteresse des Landes nutzbar gemacht werden sollen. Darunter befinden sich die Errichtung einer großen elektrischen Kraftanlage am Porjusfälle und eine elektrische Eisenbahn von Aruna bis zur Landesgrenze. Die Ausführung dieser Projekte soll 1 1/2 Millionen Kronen kosten.

London, 24. Mai. Bei dem Zusammenstoß der beiden irischen Parteien in der Versammlung zu Gort, in der die Führer Redmond und C. Brian sich auseinandersetzten, wurden 30 Schaulente teils schwer, teils leicht verwundet.

Wetterbericht für den 25. Mai.

Ähler, nördliche Winde, trocken, vorwiegend heiter.
Verantwortlicher Redakteur: C. Meyer in Bant. Verlag von Paul Hug in Bant. Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Bant.
Hierzu eine Beilage.

Der Verkauf der beim Brand durch Rauch beschädigten Sachen zu aussergewöhnlich billigen Preisen dauert fort.

Ganz besonders zu empfehlen:

Ein Posten weisser **Batist- u. Tüllkleider** neueste Fassons leicht angestaubt **enorm billig.**

Marktstr. 41. Modehaus Leffmann Marktstr. 41.

Telephon 652.

Telephon 652.

Erstes und einziges Spezialgeschäft am Platze für Blusen, Kostümröcke, garnierte Kleider etc.

Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Butjadingen.

Änderung des Statuts.

- In § 13, Absatz 1, Ziffer 3 wurden die Worte „vom Tage des Eintritts der Erwerbsunfähigkeit ab“ ersetzt durch die Worte „vom 3. Tage nach dem Tage der Erkrankung ab“.
- Der § 53, Absatz 3 erhält folgende Fassung: „Die Frühjahrs-Generalversammlung findet in Burghave, die Herbst-Generalversammlung in Nordenham statt“. Die vorstehende Änderung der Statuten wird genehmigt.

Oldenburg, den 10. Mai 1910.

Ministerium des Innern.

gez. Scheer.

Diese Statuten-Änderung tritt am 23. Mai 1910 in Kraft.

Der Vorstand.

Unserm Freunde

dem stillen Heim in der Peterstraße, zum heutigen Geburtstage die besten Glückwünsche! Seine drei Knäppelhelden. Ob he sich woll wat marlen leit?

NATURA-Brause

Wohlgeschmeckteste aller bekannten Brause-Limonaden. Enthältlich 1 Flasche 10 Pf. in allen Kolonialwaren- und Gemüsehändlungen.



Banter Fischhalle.

Täglich Verkauf von frisch gefangenen See- und Süßwasserfischen zu billigen Preisen.

W. Gralow, Hafenstraße 7.

Heidmühle.

Empfehle mich als

Gebamme. Frau Janssen.

Zitronen ff.

1 Duzend 40 Pf.

J. H. Cassens, Schaar und Bant, Peterstraße 42.

Banter Volkstüch.

Wellenstraße.

Mittwoch: Stehräden m. Schmeffel. Blauebohnen zu verkaufen. Pfund . . 60 Pf. Jedelluststraße 36, 1 Tr. r.

Eine seltene Gelegenheit!!

Ca. 2000 Meter

1a. Schürzen-Reste

bekannt gute Qualität neue schöne Dessins Mtr. 58 Pf.

Ca. 3000 Meter

1a. Handtuch-Reste

Damaat, Drell, Gerstkorn, tadellose Marken

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
Mtr. 30 Pf.	Mtr. 40 Pf.	Mtr. 45 Pf.	Mtr. 60 Pf.

Der Verkauf beginnt sofort nach Erscheinen der Annonce. :-

J. Margoniner & Co.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Rüstingen-Wilhelmshaven.

Am Mittwoch den 25. Mai, abends 8.30 Uhr im Zivoli zu Heppens:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: Erhebung eines Extrabeitrages bis auf weiteres von wöchentl. 25 Pf. für die ausgesperrten Bauarbeiter. Wegen obiger wichtiger Tagesordnung darf kein Kollege der Versammlung fernbleiben.

Die Ortsverwaltung.

Zur gefl. Beachtung!

Durch immer höher steigende Materialpreise sowie höheren Arbeitslohn sehen sich die gemeinsamen Schuhmacher-Zunungen von Wilhelmshaven und Rüstingen veranlaßt, ihre Preise vom 1. Juni an um 5 bis 10 Prozent zu erhöhen.

Die Vorstände der Schuhmacher-Zunungen von Wilhelmshaven und Rüstingen.

Trauerbriefe etc. fertigt an Paul Hug & Co.

Achtung! Junggesellen!

Junge Leute, welche gewillt sind, dem Junggesellen- und Wundharmonika-Klub beizutreten, werden gebeten, sich am

Sonnabend den 28. d. M., abends 8 Uhr,

in Schäfers Restaurant, Ecke der West- und Bremer Straße, zur Hauptversammlung einzufinden.



Wittwoch, 25. Mai abends 8 Uhr

Verein für Kirch u. Schlingstuhl zu Bant. Versammlung

in Vereinslokal. Der Vorstand.

Fortsetzung des Fisch-Verkaufs

aus dem Kühlwaggon am Meher Weg bis Mittwoch mittag. Hochl. Rotzungen . . 20, 25 Pf. „ Koch- u. Bratschollen 20, 25 Pf. „ Schellfische . . 15, 18, 20 Pf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Bant-Wilhelmsh. Donnerstag den 26. Mai cr., abends 8 1/2 Uhr:

Anßerordentliche Werkstattdelégirten-Sitzung bei Halweland, Grenzstr. 38. Wegen wichtiger Tagesordnung muß jede, auch die kleinste Werkstat unbedingnt vertreten sein. Die Ortsverwaltung.

Gesangverein Frohsinn. Abteilung Frauenchor.

Mittwoch den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung bei Halweland, Grenzstr. Damen, welche sich dem Frauenchor noch anschließen wollen, werden gebeten, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

(Berpätet.) Am Freitag morgen 4 Uhr starb im Johannes-Hospital zu Bant nach langem, mit Geduld ertragenen Leiden unsere liebe Mutter Schwieger- und Großmutter

Adelheid Küper

verm. Jürgens geb. Behrends im Alter von 58 Jahren. Dies bringen tiefbetrübt zur Anzeige Paul Schwabe und Frau geb. Jürgens. Adolf Jürgens und Frau. Johann Jürgens und Frau. Bernhard Jürgens. Rosa Jürgens. Die Beerdigung fand in Bant statt.

Einswarden. Todes-Anzeige.

Heute nachmittag 2 Uhr starb plötzlich und unerwartet unser lieber Sohn

Georg

im Alter von 6 Jahren. Dies bringen tiefbetrübt zur Anzeige Einswarden, 22. Mai 1910

Wih. Klittenberg und Frau nebst Anverwandten.

Todes-Anzeige.

(Statt besond. Anzeige.) Nach heftiger Krankheit verchied Sonnabend morgen unser lieber kleiner

Emil.

Dies zeigen tiefbetrübt an Küsterfel, den 23. Mai 1910 Frau Weinberg und Kinder.

Kulturhistorische Kannegießerei.

HE. Ueber Weltkultur hat der amerikanische Expräsident und Schwen- und Nipfepfänger Th. Roosevelt in der Wala der Berliner Universität einen langen Vortrag gehalten, den die bürgerliche Presse Deutschlands ziemlich ausführlich ihren Lesern serviert hat. Die Gedanken, die er da verzapft hat, stehen aber auf derselben Höhe dilettantischer Kannegießerei, wie seine Reden in Kairo, Budapest und Paris, die wir schon gekennzichnet haben. Der Mann vertritt sich offenbar weit besser dazu, Nipfepfäden mit seiner Wäsche das Bedenklische auszublauen, als auf historische und gegenwärtige Kulturprobleme.

Es würde sich kaum lohnen, auf seinen Speech zurückzukommen, wenn er nicht auch über den Untergang der Kultur des antiken Griechenland Behauptungen aufgestellt hätte, die ebenso falsch sind wie diejenigen, welche von deutschen Gelehrten und Publizisten zum besten gegeben wurden, um die Demokratie zu verunglimpfen, zur Bekämpfung des berühmtesten Aristokraten Bethmann-Hollweg gegen die Demokratie. Nach Roosevelt ging die griechische Kultur unter, als die Griechen ihre „robusten Tugenden“ einbüßten und ihre Soldaten die Kampfkraft verloren usw. Das ist ebenso absurd wie die Behauptung, die Demokratie habe Griechenland und speziell den Stadstaat (Polis) Athen, die hellenische Kulturzentrale, dem Abgrund zugetrieben.

Eine richtige Demokratie war die griechische so wenig wie die der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Ganz abgesehen von den zahlreichen rechtlosen Sklaven, welche die eigentlichen Arbeiter waren und deren Zahl zur Zeit des Perikles (493—426) in Athen an 360 000 betragen haben soll (formal so viel als freie Bürger!), so haperie es auch sonst gewaltig mit jener Demokratie.

Wie schon vor Jahrzehnten eine Parteilichkeit in einer trefflichen Abhandlung ungelährt ausführte, hätte Athen, die Stadt samt ihrem Gebiete, mit einer großen Zahl anderer Städte einen Bundesvertrag zu Schutz und Trutz abgeschlossen. Die Angehörigen des Bundes hießen „Symmachoi“ (etwa Kampfgenosßen), der ganze Bund „Symmachie“ (Kampfgemeinschaft).

Nun war aber Athen der Vorort dieses Bundes, der sich immer weiter ausdehnte; es besaß die Hegemonie und übte damit über die Bundesgenossen eine mehr oder weniger absolute Herrschaft aus wie Berlin-Preußen auf die übrigen deutschen Bundesstaaten. Athens bundesgenössische Staaten wurden nach und nach Athens Untertanen, der Wirklichkeit, wenn auch nicht dem Namen nach.

Die freien athensischen Bürger führten in den Volkerversammlungen, der höchsten Instanz der Gesetzgebung, die Regierung über sämtliche Bundesstaaten, und verstanden es, diese auf verschiedene Weise weidlich zu schürpfen zum Besten der Athener. Athen war auch der Sitz des Schwörensgerichts von 6000 (in Sektionen gegliederten) Mitgliedern (Helidai), das auch in Prozessen gegen Bundesgenossen resp. Untertanen zu entscheiden hatte, wobei die letzteren gewöhnlich schlicht wogamen. Daß diese von den Speien, die ihnen die Reife nach Athen zur Führung des Prozesses kostete, nicht erbau waren, so wenig wie von den Gerichtsportalen, die sie dem athensischen Gerichtshof zu zahlen hatten, läßt sich denken.

Dazu kam, daß die athensischen Handels- und Gewerbebetriebe alles aufboten, den ganzen Handel des Ägäischen, Schwarzen Meeres und des östlichen Mittelmeeres in ihre Hände zu bringen und den Bundesgenossen zu entziehen. (V. Conrad).

Was aber die Bundesgenossen am meisten empörte, war die sog. Akropolis. Nach damaligem Aberglaube gehörte die Gabe der Besiegten sowie die Person derselben, dem Sieger. Die Athener nun teilten von ihnen erobertes Land in Akrolois, Akrooi), und wiesen dieselben armen athensischen Bürgern zu, genannt Akropolis. Diese aber blieben in Athen wohlhabend und überließen ihr neues Besitztum den früheren besiegten Besitzern für einen Pachtzins. Mit der Zeit aber wurde von den Athenern dieses bequeme Mittel, Geld zu erhalten, nicht nur gegen Besiegte angewendet, sondern auch gegen Bundesgenossen. Der Vorwand, gegen einen Bundesgenossen als Rebellen zu erklären, genügte, ihn seines Grundbesitzes verlustig zu erklären und einer Anzahl geldbedürftiger Athener Pachtgeld zu zuwenden. Das erbitterte die Bundesgenossen derart, daß sie von Athen abfielen, wenn es in Kriegen, besonders in dem großen peloponnesischen gegen Sparta (431 bis 404), Niederlagen erlitt.

Also nicht weil Athen eine Demokratie war, ist es gefallen — es ist nicht gefallen, weil das Volk Athens über sich selbst herrschte, sondern weil es über andere herrschte, wie es neben sich eine politisch rechtlose resp. an Rechten verfürzte Klasse bildete, die es ausbeutete und unterdrückte; kurz gesagt, weil es eine aristokratische Demokratie war.

Weit entfernt, Athen zu verderben, hat vielmehr seine demokratische Verfassung, die Souveränität aller freien Bürger, dessen Untergang länger aufgehalten, als jede andere Verfassung es vermocht hätte. Sie hat immerhin im Volksrecht eine gewisse Beförderung und Menschlichkeit wahrgenommen, selbst in Zeiten seiner größten Macht über die Bundesgenossen. So brutal wie das streng aristokratische Sparta während seiner Hegemonie hat Athen seine Macht niemals mißbraucht. Und in Zeiten der höchsten Not und des tiefsten Falles war es wiederum die demokratische Ver-

fassung, welche Athen aufrecht hielt, im Gegensatz zu seinem Rivalen Sparta.

So urteilte schon der berühmte Redner Sokrates (436 bis 438), der erklärte: Dem aristokratischen Spartanern geredete ihre Hegemonie in viel kürzerer Zeit zum Verderben als dem demokratischen Athen.

Von diesen Dingen scheinen weder Bethmann-Hollweg noch Roosevelt etwas zu wissen.

Parteinachrichten.

Eine originelle Anklage hat unser Vorkoder Parteiorgan, die Westdeutsche Volkszeitung erhalten. Es brachte vor einiger Zeit einen Auszug aus einem Gerichtsurteil, worin mitgeteilt wurde, Zeugen hätten vor Gericht bekundet, daß der Redakteur der Landeszeitung in Reuthehl (eine Filialzeitung des Reichsverbandes) mehrfach in Urteilen der Wirklichkeit nicht entsprechende Behauptungen aufgestellt habe. In einer Berichtigung verlangte nun der Landeszeitungs-Redakteur von unserem Parteiblatt, und zwar unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes den Abdruck weiterer Partien aus dem bezugten Gerichtsurteil, Selbstverständlich lehnte dies unser Parteiblatt ab. Die Folge ist, daß ihm jetzt eine Anklage wegen Vergehens wider das Preßgesetz zugestellt wurde! Die Verhandlung kann interessant werden.

Gewerkschaftliches.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Am Schlußstein stehen die Scharfmacher der Post-Redaktion, englisch bemäht, scharf zu machen und den Kampf im Baugewerbe zuzuplumpfen.

Unter der Devise: Keine Sentimentalitäten! bekommen in einem Leitartikel (21. Mai) die „Allerweitsvermittler“, die der Entwidlung des Kampfes nicht ruhig zusehen können, zunächst ihr Teil. Der Kampf im Baugewerbe sei dadurch zu einem Klassenkampf geworden, indem sich die Sozialdemokratie der Sache der Bauarbeiter angenommen habe, der Bauarbeiter, die die sichersten Stützen und besten Beitragszahler für die Sozialdemokratie seien. Das Scharfmacherorgan ist deshalb erböt, daß das Bürgeramt sich auf die Seite der Ausgesperrten und damit der Sozialdemokratie (sic) stellt. Die Röllische Zeitung und die Röllische Volkszeitung trügen durch ihre Fäulniserei besonders dazu bei, indem sie in Rücksicht auf die kleinen Handwerker eine Beilegung des Kampfes befürworteten. Das nationalliberale Blatt trete für die Arbeiter sans phrase aus Stimmzettelpapierintimus ein und fordere unter Hinweis auf die Uneinigkeit der Unternehmer eine Beilegung des Kampfes. Die Uneinigkeit der Unternehmer aber würde überhört. Mutentbrannt sagt die Post:

Das entspricht ja der mollastenhaften Sozialpolitik der Kaiser- und Streifenmänner. Aber wenn man sich nach solchen Sozialpolitikern richten wollte, dann wäre den Unternehmern, nicht nur im Baugewerbe, das Fell schon längst über die Herzen gezogen worden.

Nach einer kurzen Verteidigung der Unternehmerforderungen und Betrachtungen über die Zahl der Ausgesperrten kommt die Post zu dem Schlussergebnis, daß es keinem Stande möglich sei, selbst 100 000 arbeitslose Mitglieder mit ihren Familien auf Wochen hinaus zu unterhalten. Den kleinen Gewerbebetriebern aber wird keine Rücksicht kundgegeben. Ueber die Vermehrung von kleinen Existenzen hinweg soll der Weg zur Diktatur der Bauergewaltigen führen. So wollen es die Schließleinhaber. Und sie können fürchtbare Mächtigkeiten an, der nicht ihren Fußstapfen folgt. Daneben wird der Unternehmerverband gerade zu der Zeit, wo von der Regierung erneute Verhandlungen geplant werden, nochmals besonders scharf gemacht mit den Worten:

Hat die Ausperrung fünf Wochen durchgehalten werden können, so wird sie noch drei Wochen und noch länger durchgehalten werden müssen. Es würde sich fürchtbar rächen, wenn der Arbeitgeberbund sich in diesem Stadium des Kampfes auf sozialpolitische Sentimentalitäten einlassen wollte. Und gerade die kleinen Handwerker und Gewerbebetriebern, die da glauben, sie können unabhängig vom Arbeitgeberbunde ihren Privatfrieden mit der Arbeitermerkschaft machen, würden bei einem späteren Kampfe, der noch weit erbitterter geführt werden würde, ganz anders unter die Näher kommen, als bei dem jetzigen, relativ milde verlaufenden Lohnkriege.

Dieser Scharfmacherei bedarf es garnicht. Der Unternehmerverband hat sich im Verlauf dieses Kampfes stark genug gezeigt. Die Post aber hat bei ihren Scharfmachereien schon manche Enttäuschungen erleben müssen, sie werden ihr in der einen oder anderen Weise auch diesmal nicht erspart bleiben. Kommt es zur Einigung, so war ihr edles Beginnen nutzlos. Bleiben die Unternehmer Vernunftgründen unzugänglich, so wird die deutsche Arbeiterschaft, werden die deutschen Gewerkschaften und die ausländischen den Dörschafsmachern die Freude der Niederzwingung der Bauarbeiter schon zu vereiteln wissen!

Eine Konferenz der in Abzählungs-, Nähmaschinen-, Versicherungs- und Automatengehäften tätigen Einkleisierer und Assenboten Deutschlands beruft der Zentralvorstand des Transportarbeiterverbandes zum Donnerstag den 23. Juni nach dem Gewerkschaftshaus Berlin ein. Als Tagesordnung ist gesetzt: 1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Einkleisierer und Assenboten in Deutschland. Referent: Kollege Rimmig. 2. Situationsbericht der Dele-

gierten. 3. Wie schätzen sich die Einkleisierer gegen die unläutere Konkurrenz der Sonntagskassierer? Referent: Kollege Lutow. 4. Organisation und Agitation. Referent: Kollege Pauls. Verwaltungsstellen, den bis zu 50 Einkleisierer als Mitglieder angehören, entsenden einen, von 50 bis 100 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 100 bis 150 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 150 bis 200 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 200 bis 300 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 300 bis 500 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 500 bis 1000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 1000 bis 2000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 2000 bis 5000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 5000 bis 10 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 10 000 bis 20 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 20 000 bis 50 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 50 000 bis 100 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 100 000 bis 200 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 200 000 bis 500 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 500 000 bis 1 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 1 000 000 bis 2 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 2 000 000 bis 5 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 5 000 000 bis 10 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 10 000 000 bis 20 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 20 000 000 bis 50 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 50 000 000 bis 100 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 100 000 000 bis 200 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 200 000 000 bis 500 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 500 000 000 bis 1 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 1 000 000 000 bis 2 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 2 000 000 000 bis 5 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 5 000 000 000 bis 10 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 10 000 000 000 bis 20 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 20 000 000 000 bis 50 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 50 000 000 000 bis 100 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 100 000 000 000 bis 200 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 200 000 000 000 bis 500 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 500 000 000 000 bis 1 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 1 000 000 000 000 bis 2 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 2 000 000 000 000 bis 5 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 5 000 000 000 000 bis 10 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 10 000 000 000 000 bis 20 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 20 000 000 000 000 bis 50 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 50 000 000 000 000 bis 100 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 100 000 000 000 000 bis 200 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 200 000 000 000 000 bis 500 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 500 000 000 000 000 bis 1 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 1 000 000 000 000 000 bis 2 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 2 000 000 000 000 000 bis 5 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 5 000 000 000 000 000 bis 10 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 10 000 000 000 000 000 bis 20 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 20 000 000 000 000 000 bis 50 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 50 000 000 000 000 000 bis 100 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 100 000 000 000 000 000 bis 200 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 200 000 000 000 000 000 bis 500 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 500 000 000 000 000 000 bis 1 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 1 000 000 000 000 000 000 bis 2 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 2 000 000 000 000 000 000 bis 5 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 5 000 000 000 000 000 000 bis 10 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 10 000 000 000 000 000 000 bis 20 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 20 000 000 000 000 000 000 bis 50 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 50 000 000 000 000 000 000 bis 100 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 100 000 000 000 000 000 000 bis 200 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 200 000 000 000 000 000 000 bis 500 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 500 000 000 000 000 000 000 bis 1 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 1 000 000 000 000 000 000 000 bis 2 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 2 000 000 000 000 000 000 000 bis 5 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 5 000 000 000 000 000 000 000 bis 10 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 10 000 000 000 000 000 000 000 bis 20 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 20 000 000 000 000 000 000 000 bis 50 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 50 000 000 000 000 000 000 000 bis 100 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 100 000 000 000 000 000 000 000 bis 200 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 200 000 000 000 000 000 000 000 bis 500 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 500 000 000 000 000 000 000 000 bis 1 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 1 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 2 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 2 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 5 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 5 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 10 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 10 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 20 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 20 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 50 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 50 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 100 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 100 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 200 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 200 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 500 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 500 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 1 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 1 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 2 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 2 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 5 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 5 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 10 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 10 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 20 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 20 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 50 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 50 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 100 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 100 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 200 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 200 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 500 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 500 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 1 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 1 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 2 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 2 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 5 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 5 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 10 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 10 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 20 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 20 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 50 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 50 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 100 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 100 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 200 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 200 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 500 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 500 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 1 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 1 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 2 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 2 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 5 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 5 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 10 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 10 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 20 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 20 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 50 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 50 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 100 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 100 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 200 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 200 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 500 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 500 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 1 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 1 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 2 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 2 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 5 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 5 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 10 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 10 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 20 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 20 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 50 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 50 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 100 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 100 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 200 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 200 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 500 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 500 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 1 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 1 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 2 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 2 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 5 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 5 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 10 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 10 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 20 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 20 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 50 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 50 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 100 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 100 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 000 bis 200 000 Mitglieder angehören, entsenden einen, von 200 000 000 000 000 000 00

bringen. Müssen diese Maßnahmen nicht, so werden wir leider gezwungen sein, den Waldbezug zu beschränken."

Kennende, 24. Mai.

Eine Gemeinderatsitzung findet am Donnerstag, den 26. Mai, nachmittags 4 Uhr, in Culens Gasthause mit folgender Tagesordnung statt:

1. Anträge auf Erteilung des Gemeindebürgerrechts.
2. Sicherung der Bauvorhaben betr.
3. Änderung des Statuts der Bürger- und Vorschule.
4. Straßenangelegenheiten.
5. Kranenfälle betr.
6. Schulfällen.
7. Feuerwehrlöcher.
8. Gefahrregulativen.
9. Verschiedene Mitteilungen.

Aus dem Lande.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Zerorismus ist es nicht, was die Bauunternehmer in Jever verüben. Zerorismus verüben nur Arbeiter, wenn sie einen Arbeitswilligen (sich) anschauen oder eine Arbeiterin (sich) begutachten. Unternehmer können Papiere der Arbeiter (sich) nachsehen, den Materialhandlungen eine dreijährige Sperre androhen usw., das ist alles kein Zerorismus. Auch die bürgerliche Presse findet kein Wort des Tadeln über dies Gebahren der Unternehmer, dagegen findet diese Presse, wie das Jeverische Wochenblatt, es bedauerlich, daß Private und dem Arbeitgeberverband fernstehende Meister sich erst Material beschaffen und dann die Arbeiten von organisierten ausgeperrten Arbeitern ausführen lassen. Das ist die bürgerliche Presse, die bei jeder Gelegenheit der sozialdemokratischen Presse den Vorwurf macht, daß sie einseitig für die Arbeiterinteressen eintritt, während die bürgerliche Presse angeblich sich "neutral" verhält und weder für die eine noch für die andere Seite eintritt. Der Arbeitgeberverein für das Baugewerbe von Jever und Jeverland, der bekanntlich auch abgedruckte Tarife mißachtet, verfährt jetzt den Kampf und erläßt im Jeverischen Wochenblatt folgendes Inserat:

Der Verein hat sich veranlaßt gesehen, die bislang gefassten Beschlüsse noch zu verschärfen, weil einige Geschäfte die Materialsperrre teilweise umgangen haben. Es wurde deshalb in der letzten Generalversammlung folgender Beschluß gefaßt:

Die Ziegeleien, Baumaterialien- und Eisenhandlungen sind verpflichtet, keine Materialien an organisierte und ausgeperrte Gesellen und Bauarbeiter und an Unternehmer, die solche Leute beschäftigen, zu verkaufen oder abzugeben.

Private und dem Arbeitgeberverein fernstehende Unternehmer können stets Materialien erhalten, wenn sie beim Empfang der Waren einen Revers unterzeichnen, daß sie die erhaltenen Materialien nicht von organisierten und ausgeperrten Gesellen verarbeiten lassen wollen.

Die Mitglieder des Vereins dürfen von solchen Geschäften, welche sich obigen Bestimmungen nicht fügen, innerhalb der nächsten drei Jahre keine Materialien kaufen, noch die von diesen Geschäften an dritte Personen gelieferten Materialien verarbeiten.

Wir glauben nicht, daß alle Unternehmer des Jeverlandes so situirt sind, daß sie sich ohne Gefahr aufs hohe Pferd setzen dürfen.

Im Gau Bremen sind nach dem Grundstein folgende Zweigvereine in der Ausbildung betroffen: Achim, Aurich, Brake, Bremerhaven, Delmenhorst, Emden, Hemelingen vom Zweigverein Bremen, Jever, Leer, Norden, Welle, Nordhorn, Oldenburg i. G., Varel, Vegesack, Westerstede, Wittmund.

Jever, 24. Mai.

Die diesjährige Aushebung für den Aushebungsbereich Jever findet am Dienstag dem 7. Juni im Gasthause zum schwarzen Adler statt. Die Militärpflichtigen haben sich um 9 Uhr vormittags pünktlich einzufinden.

Varel, 24. Mai.

Dawongegangene sind einem Ziegeleibesitzer aus der Umgegend ein halbes Duzend seiner ausländischen Arbeiter. Es ist das derselbe Belgier, der im vorigen Jahre die "Wilden", wie er die Ausländer nennt, mit dem Fischen einer erkrankten Sau abfütterte. Nun wird er wohl die Polizei auf die Suche senden.

Eine dritte Gebotene, die Ehefrau des Arbeiters Georg Röden, Schüttingstraße 6, hat sich hier niedergelassen und ist vom Magistrat verpflichtet worden.

Kafede, 24. Mai.

Eine Rache als Pflegemutter. Den Nachr. für Et. und L. wird geschrieben: Ein Kaninchen des Wägemesters Kiemer hier selbst hatte Junge geworfen. Eine Rache, die auch zu gleicher Zeit Junge hatte, der man sie aber genommen hatte, nahm sich nun der jungen Kaninchen in liebevoller Pflege an, da die Kaninchenmutter nicht ihrer Mutterpflicht genügt. Die jungen Kaninchen sind mit ihrer Adoptivmutter sehr zufrieden und gedeihen vortrefflich.

Aus den Vereinen.

Cent, 24. Mai.

Die **Freie Turnerschaft Kätzingen** hielt am Sonnabend den 21. Mai ihre Mitgliederversammlung im Coliseum ab. Es wurden zunächst drei Turner und drei Turnereinen in den Verein aufgenommen. Nachdem erstens der Vereinsaffäre den Hostenbericht von der Cherenbunterhaltung. Die Einnahme betrug 204,00 Mk., die Ausgabe 213,90 Mk., bleibt ein Defizit von 9,90 Mk. Unter die hohen Ausgaben fallen vor allen Dingen die elektrischen Kosten, welche allein einen Stoffauswand von über 70,00 Mk. erforderten. Hierauf erstattete der Vereinsaffäre Bericht vom Bundes-Turnfest, welcher vom 6. bis 9. Mai d. J. in Leipzig stattfand. Sodann nahm die Versammlung Stellung zu dem am Sonntag den 22. in Godeboisers Thall stattfindenden Gruppenwettbewerb und beschloß sieben Fortturner und eine Fortturnerin nach derselben zu delegieren. Unter Punkt Verschiedenes

beschloß die Versammlung einem Vorschlag des Vorstandes gemäß, Wintgen 1911 eine größere Ausflug und zwar nach dem Teutoburger Walde zu unternehmen. Derselbe soll auf drei bis vier Tage berechnet sein. Es wurde ferner beschlossen zu diesem Zwecke eine Preisparafalle anzulegen und in jedes Mitglied, das an diesem Ausflug teilnehmen will, verpflichtet, schon von jetzt an 1,00 Mk. pro Monat in diese Rasse zu zahlen, jedoch nicht eine größere freiwillige Einzahlung jedem Mitgliede frei. Als Koffierer für diese Preisparafalle wurde ein Turngenosse gewählt und beauftragt, die eingeworbenen Gelder auf einer Parafalle jenseitigen amliegenden Betreffs des Ueberzuges zum gemeinschaftlichen Himmelshafenausflug nach Sandberubel in Höhe von 1,15 Mk. beschloß die Versammlung, diesen Betrag dem gemeinschaftlichen Turnhallenbaufonds zu überweisen. Dem Vorschlag des Vorstandes, die gemeinschaftlichen Spaziergänge wieder einzulassen, wurde zugestimmt; dieselben sollen alle 14 Tage stattfinden. Hierauf beschloß die Versammlung für die im Lohnsammlung lebenden Bauarbeiter die Summe von 50,00 Mk. Eine Einladung des Reudervereins freie Turnerschaft Varel zu einer demnächst stattfindenden Festlichkeit, wurde zur Kenntnis genommen. Sodann wurde noch darauf hingewiesen, daß bei Ausflügen in die Umgebung und Zeitstunden in erster Linie solche Lokale besucht werden möchten, in den die Reudervereine ihre Turnstätten haben. Besonders muß hier auf den von jeder beliebigen Ausflugsort Neuenburg hingewiesen werden. Die freie Turnerschaft Neuenburg turnte zuerst im Vokal der Gebirge Jakob in Neuenburg. Bereits nach kurzer Zeit wurde der junge Verein auf die Straße an demselben Tage, an welchem die neubestellene Seite dort eintrafen und zwar mit der Begründung des Vorstands, er dürfe den Arbeiterturnverein nicht länger in seinem Lokal beherbergen. Der gegenüber wohnende Herr Tjenes nahm jedoch den Verein sofort in sein Lokal auf. Auf diesen Fall sei auch die übrige Arbeiterschaft Kant-Wilhelmshaven aufmerksam gemacht. Nach der Beurlaubung eines Gewerkschafts nahme die Versammlung jedoch noch Stellung zu den leider berechtigten Klagen der Turnvereine und der Sportvereine über das Verhalten der Mitglieder in den Turnstunden gegenüber den leidenden Personen. Beschlossen wurde, in Zukunft solche Fälle genau zu untersuchen und bei wiederholten Disziplinverletzungen den sofortigen Ausschluss aus dem Verein beizuführen.

Gerechtliches.

Ein Reinfall der Polizei. Bei den Breslauer Straßen-demonstrationen am 6. Februar war auch der Handlungsgehilfe Schwedt ganz zufällig unter die Demonstranten geraten. Auf dem Christophorplatz ging die Polizei ährerit rücksichtslos gegen die harmlosen Wahrheitsdemonstranten vor. Im Publikum entstand über das blödsinnige Verhalten der Polizei eine begriffliche Aufregung, die sich in derben Zurufen gegen die lächerlich-schwachen Polizeier Luft machte. Das tat auch Schwedt, und deshalb wollten ihn zwei Kriminalpolizisten, die sich aber nicht legitimieren wollten, festnehmen. Dieser wehrte sich selbstverständlich mit allen Kräften gegen seine Festnahme und verlangte die Legitimation zu sehen. Einem hinzukommenden Schutzmänn folgte Schwedt ohne weiteres zu. Trotzdem die beiden Polizisten nicht geschicklich vorgehen, stellten sie dennoch Strafantrag wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Das Schöffengericht überzeigte sich von dem ungesetzlichen Vorgehen der beiden Kriminalpolizisten und sprach Schwedt vom Widerstand gegen die Staatsgewalt frei, weil niemand verpflichtet ist, sich von Zwülften, die sich nicht legitimieren, abführen zu lassen. Wegen groben Unfugs muß der Angeklagte sechs Mark Strafe bezahlen.

Aus aller Welt.

Flug über den Kanal. Der französische Kolonialer de Lesseps hat am Sonnabend nachmittags 3 Uhr 50 Minuten einen Flug über den Kanal zwischen Calais und Dover unternommen. Sofort nach seinem Ausstieg in Calais ging er in eine Höhe von etwa 500 Meter über den Meeresspiegel hinauf. Bereits um 4 Uhr 20 Minuten landete er glatt in der St. Margaretenbuch zwischen Deal und Dover. Die durchgeführte Strecke beträgt ungefähr 38 Kilometer. Nach dem Berichte, den Lesseps über seinen Flug gab, hatte er an seinem Apparat keinerlei Störung, nur wurde er durch Nebel etwas an der Aussicht behindert, so daß er die Rüste erst erkannte, als er schon über sie dahinslog.

Das große Ras der preußischen Lotterien, das mit der Nummer 137 015 gezogen wurde, ist mit dem Hauptteil nach Dirschhausen gefahren. Sieben Zehntel des Loses werden in einer Rollette in Gumbinnen gespielt und die andern drei Zehntel in Berlin.

Spionagejagd und Kottoller. Der Straßburger freien Presse wird aus Metz geschrieben: Eine "staats-tretende" Tat leistete unsere Metzger Kriminalpolizei auf die Denunziation eines Unbekannten hin. Der bei der Fortifikation beschäftigte Schreiber Schüler wurde entlassen. Nach seiner Entlassung soll er in einer Wirtshaus in animierter Stimmung geklört haben, er könne ganz Metz verraten, er habe alle Pläne von der Festung und den Forten. Durch einen anonymen Brief wurde Schüler denunziert; lieber glaubte die Polizei den unsinnigen Schwundel, sie verhaftete Schüler, revidierte alle Papiere und Koffer und, als man nichts gefunden, wurde er von allen Seiten photographiert und es wurden Handabdrücke von ihm genommen. Nach vier Stunden, nachdem kein Beweis gefunden war, wurde Sch. wieder entlassen. Die Polizei bestimmte sich aber auch noch weiter. Schüler wurde der Vorwurf gemacht, daß er im Gewerkschaftshaus schlafte; er lege doch gar nicht so aus. Der Schlafpreis für ein lauberes Bett schien der Polizei zu hoch. Da möchten wir derselben doch entgegen, daß jedem, der im Gewerkschaftshaus logiert, so viel Licht und Luftraum zur Verfügung steht, wie das Gesetz vorschreibt, denn bevor die Herberge eröffnet wurde, hat die Polizei hierzu ihre Zustimmung gegeben, und jeder weiß, daß bei Gewerkschaftshäusern alles aufs Feinste gerichtet wird, ehe eine Konzeption erteilt wird. Hat sich die Polizei schon einmal um die Logierhäuser in der Herberstraße beklümmert, wo in Ställen, Rellern und sonstigen Ecken, von denen die Wohnungsinspektion sagt, "daß sie für das Vieh noch zu schlecht sind", gehaut wird. Aber dort wird gut patriotisch den Armen das Geld abgenommen. Die Polizei scheint wohl jeden, der im Gewerkschaftshaus verkehrt, für einen heruntergekommenen Menschen zu halten; dies ergibt sich aus der Aussage Schüler sehr viel zu gut aus, man wundere sich, daß er im Gewerkschaftshaus verkehrt. Der Polizei

kann man schließlich so etwas verzeihen, denn der Kottoller ist eben eine anstehende Krankheit, die manchen rasend oder auch blind macht.

Für die Fahrt zum Himmel. Die Furcht des niederen Volkes vor der kollektiven Weltkatastrophe hat laut "Voll. Zig." in Göttingen und Böhren sowie im russisch-polnischen Industriebezirk eine äppige Schwundelindustrie ins Leben gebracht. In den Kneipen und auf der Straße wurden Reden gehalten, worin den gläubigen Zuhörern zu Gemüte geführt wurde, daß sie unrettbar einem entsetzlichen Ereignis entgegengehen. Zum Schluß zog die Redner ein Bild verschiedener farbiger "Himmelbriefe" hervor, die als Empfehlung an den Pförtner des Himmelreichs reichenden Abschlaf saßen. Je nach dem Platz, den man sich im Himmel sichern wollte, kostete ein Himmelbrief 3, 5 und 10 Gulden. Heute sind die Himmelbriefe weit unter dem Rennwert zu haben.

Eingefandt.

Bei der Magazinverwaltung der R. West hier herrschen Zustände, die verdienen, einmal öffentlich erörtert zu werden. Die Arbeitszeit auf der West beträgt "neun Stunden" und nur in Nothfällen werden Ueberstunden gemacht.

Die Kohlenarbeiter bei der Magazinverwaltung arbeiten schon wochenlang jeden Abend bis 8 1/2 Uhr Ueberstunden, und werden diese Leute noch angehalten, sogar jeden Sonntag von 6 bis 1 Uhr ohne Unterbrechung zu arbeiten. Schreiber dieses hat sogar gesehen, daß die Leute am zweiten Pfingsttage von morgens 6 bis nachmittags 1 Uhr arbeiten mußten.

Wer tagtäglich zwölf Stunden mit der harten Kohlen schiebt in Wlford, dem sollte man nicht zumuten, Sonntags auch noch diese schwere Arbeit zu machen, denn der Bedarf der Ruhe mehr wie alle andern. Selbst der stärkste Mann, wie mir von Beteiligten versichert wurde, hält auf die Dauer eine derartige Schusteri nicht aus, die außerdem noch durch den Staub hier gefahrbringend für die Gesundheit der betr. Arbeiter ist.

Der beste Beweis dafür, daß die Arbeit eine sehr schwere und gefahrträchtig ist, muß doch für die West schon sein, daß das ganze Jahr hindurch dort Leute eingekleidet werden und trotzdem immer weniger werden. Mancher arbeitet oft nur Stunden und geht dann schon wieder seine Wege, um lieber zu hungern, als sich krank zu schutzen.

Der Lohn, der bezahlt wird, ist keineswegs angemessen, und auch der Wohllohn steht in keinem Verhältnis zur Arbeit es wird gedrückt, wo es nur irgend möglich ist. Auch scheint es mir, daß es angebracht wäre, für die Arbeiter eine besondere Baugesellschaft zu schaffen, damit sie wenigstens den Dreck wieder los werden könnten; dergleichen wäre für bessere Wohlgelegenheit zu sorgen.

Beobachter dieses ist der Ansicht, daß, wenn es absolut nötig ist, dauernd Ueberstunden zu machen, die oft bis Ritternacht ausgebeutet werden, die Leute auszuwechsell, damit sie nicht bis aufs Blut ausgebeutet zu werden brauchen. Stehen der Magazinverwaltung nicht Leute genug zur Verfügung, genügt das einfache Rezept: "Bessere Löhne und Wohlthätigkeit".

Den Arbeitern selbst bei dieser Stelle aus zugewiesen, sich etwas mehr um ihre eigenen Interessen zu kümmern, die dahingehen, ihre Lage zu verbessern. Im allgemeinen scheinen sie noch recht rücksichtslos zu sein.

Gleichzeitig scheint mir, darauf hinweisen zu müssen, daß den Kohlenarbeitern ihr Lohn auch bei Schluß der gewöhnlichen Arbeitszeit ausbezahlt wird und nicht erst abends 8.45 Uhr. Die Arbeiter sind um ihren Lohn ebenso verlegen wie die Herren Beamten, die auch kaum den kommenden Ersten abwarten können.

Hoffentlich genügen diese Zeilen, daß eine Aenderung zugunsten der Arbeiter eintritt und die höhere Wertverwaltungs auch einmal etwas Humanität nach der Magazinverwaltung hinüberleuchtet läßt. Ein Beobachter.

Literarisches.

In Freien Stunden. Illustrierte Wochenheft für das arbeitende Volk. Wöchentlich erscheint ein 24 Seiten starkes Heft zum Preise von 10 Pf., das in allen Partei-Zeitungen und in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69, zu haben ist. Der Verlag bietet die Parteigenossen um rege Agitation für dieses Parteienternehmen. Neu hinzutretende Abonnenten können die erschienenen Hefte nachbestellen. Diese Wochenheft bietet dem Arbeiter und seiner Familie sorgsam ausgewählten Lesestoff. — Das uns vorliegende Heft 18 bringt die Fortsetzung des spannenden Romans Die Abrechnung von Dr. Bruno Wille sowie der interessanten Erzählung aus den letzten Freiheitskriegen Romana von Theodor Mügge.

Versammlungs-Kalender.

Mittwoch den 25. Mai.
Kätzingen-Wilgelmshaven.
J.-R. Guttenper-Loke Nordstrand. Abends 8 1/2 Uhr bei Wollun.
Donnerstag den 26. Mai.
Varel.
Gewerkschaftsartikel. Abends 8 1/2 Uhr im Hof von Oldenburg.

Schiffahrts-Nachrichten.

Telegramme des Norddeutschen Lloyd.
Schnell. Rail. Wdh. d. G., von New York, heute von Plymouth Wdh. Wdh., nach Australien, heute in Fremantle an.
Gold. Wdh., nach Ostasien, heute in Fremantle angekommen.
Gold. Wdh., von Baltimore, heute auf der West angekommen.
Gold. Stambul, nach Nicolajew, heute von Resap angekommen.

Schiffahrt.

Mittwoch, 25. Mai: vormittags 1.54, nachmittags 2.10

Arbeiter, meidet die Doornfaat-Getränke und die Doornfaat-Lokale
solange die Doornfaats die organisierte Arbeiterschaft meiden.

Immobil-Verkauf.

Die Erben des weil. Tischlermeisters **Wilhelm Ahlers** zu Kopperhöden wollen das an der Nordstraße zu Kopperhöden, Gemeinde Reuende belegene

Immobil

bestehend in dem zu fünf Wohnungen eingerichteten Hause und 276 qm Haus- und Hofgründen, zum Antritt auf den 1. November d. J. öffentlich gegen Meistgebot versteigern lassen. Versteigerungstermin findet am **Freitag den 27. d. Mts. nachmittags 5 Uhr** in meinem Geschäftszimmer statt. Kaufliebhaber können die Verkaufsbedingungen von heute an bei mir einsehen und weitere Auskunft unentgeltlich erhalten. Reuende, 20. Mai 1910.

H. Gerdes,
Auktionator.

Bauplätze.

Wir verkaufen von unserem Terrain bei der Ziegelei, Gemeinde Hedderwarden, an fertiger Straße

Bauplätze

in beliebigen Größen zu 1 M. pro Quadratmeter. Auch Übernehmen wie die Fix- und Fertigstellung von Häusern zu sehr günstigen Bedingungen. **Züsterheler Ziegelei, Meyhauer & Co.**

Verkauf.

Pferdebändler **H. Frels** zu Reuende läßt **Donnerstag den 26. d. Mts. nachm. 2 Uhr auf,** in und bei **Joh. Follers** Gasthaus zu Reuende:



Ca. 20 Stück

„starke“

Arbeits-Pferde

worunter **Oldenburger, Dänen und Russen,** sowie

40 bis 50 Stück
große und kleine



Schweine

mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkaufen.

Reuende, den 19. Mai 1910.

H. Gerdes,
Auktionator.

Damen- und Herren-Fahrrad

sehr wenig gefahren, billig zu verkaufen. **Wilhelmshaven, Ostseest. 31, I. I.**

Erdbarbeit.

Ca. 6000 bis 7000 cbm Bodentransport

in Alford zu vergeben. Feldbahnmateriale kann teilweise zur Verfügung gestellt werden. Offerten unter **Z. Z. 101** an die Exped. d. Blattes erbeten.



DE Thompson's
Seifenpulver
Garantiert frei von schädlichen Bestandteilen
das beste Waschmittel.
1/2 P. Paket 15 Pfg.

Zu verkaufen
zwei zweischläg. Bettstellen mit Matratzen und mehrere gut-erhaltene Türen.

J. Reinen,
Bismarckstraße 69.

Frische Eier

1 Etage 1 M. 10 Pf.

J. H. Cassens
Bant, Peterstr. 42 und Schaar.



HANSA
Backpulver
bleibt unerreich.
Nähmittel-Fabrik „Hansa“
Hamburg.
Für 50 „Hansa“-Dosen erhalten Sie eine Dose 6 Kakaos gratis.

Zu verkaufen ein Rindermagen, ein Sportwagen und Kaninchen. **Ulmenstr. 15, I.**

Nähmaschinen:

eine Rundschiff 45 M., eine Schwing-schiff 55 M., mit Hand- und Fuß-betrieb, fast neu, 3 Jahre Garantie, geb. Langschiffchen von 10 M. an. **Joh. Schade, Wiltb., Peterstr. 42.**

Zu verkaufen

große blaue Dogge, sehr wachsam. **Friedrichs, Bant, Berl. Rosenstr.**

Zu verkaufen

Schweine zum Weiterfüttern. **Papinstraße 8 b, I. Z. r.**

Zu verkaufen

frische Biertreber.
Kaufe auch Seltnerflaschen. **Lübben, Brauerei Reuende.**

Sanerkoohl,

eingemachte Schnittbohnen
— in nur bester Qualität —
empfiehlt
J. W. Siebels, Heppens, Tonndelshweg 13.

Große Waren-Auktion!

Morgen **Mittwoch, nachm. 2 Uhr,** u. folgende Tage im Laden **Gebr. Hinrichs, Bismarckstr. 91**

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß außer sämtlichen Manufaktur-, Weiß- und Kurzwaren, Wäsche usw. auch

Herrn- und Knaben-Anzüge, Paletots, Joppen, Hosen, Arbeitszeuge etc. etc. mit zum Auslos kommt.

Es werden Vormittags sowie auch Nachmittags Waren aus freier Hand ebenfalls zu Auktionspreisen losgeschlagen. Für **Wiederverkäufer** nie wiederkehrende Gelegenheit, Kurzwaren in kleinen Partien spottbillig zu erstehen.

+ Frauen! +

Bei Beschwerden, Störungen und Stockungen der Blutzirkulation gebrauchen Sie bitte meine echten extrastarken

•• **Menstruationstropfen „Favorit“** •• à Flasche 6 Mk., zur Erhöhung u. Beschleunigung der Wirksamkeit sehr empfehlenswert „Fruar“-Tee à 1.25 Mk. **E. Homberg, Marktstrasse 27a.**



Alle Welt putzt mit **Globus-Putzextrakt** den besten Metallputz.

Pfingstbrot Dose 15 Pf., **Schmirgel** 1 Bogen 5 Pf., **Möbelpolitur-Pomade** 1 Dose 20 Pf., **Pfingstbrot** Stück 15 Pf., **Seesand.** **Schoner-Masse** 1 Pfd.-Dose 70 Pf., 1/2 Pfd.-Dose 40 Pf., **Sondin** (bester Ofenputz) 1 Dose 8 und 20 Pf., 1 Duzend 85 Pf. und 1.80 Mk.

J. H. Cassens, Schaar und Bant, Peterstraße 42.

Wilhelm Harms :: Nordenham

•• Hansingstrasse 10. ••

Buchhandlung, Zigarren, Zigaretten u. Tabak

Filial-Expedition des Nordd. Volksblattes.

Annahme von Drucksachen

aller Art für Handel u. Privat

unter Zusicherung prompter und sauberer Ausführung.

Für alte Metalle

als Zinn, Zink, Kupfer, Messing, Blei, Stannit und altes Eisen zahle stets hohe Preise. Bestellungen werden sofort erledigt. **Saemann, Heppens, Einigungsstr. 39.**

Wahren Jakob

Süddeutschen Postillon
In freien Stunden
und alle sonstige
Parteiliteratur besorgt prompt

G. Buntmeyer

Langendam bei Farel.

Mietverträge bei **Hag & Co.**

Dachpappe

Dachteer

Klebemasse

Holzteer

Carbolinum

Teerstrick

Tonnrohren

Zement

empfehlen

Schmidt & Co.

Bant, Oldenburger Str. 3.



Eis-schränke

von Holz, helleiche lackiert, Speiseraum mit Zinblech ausgeschlagen, 1tür., Oberfühlung, Höhe 73, Breite 42, Tiefe 38 cm, **M. 19.50.**

dito mit Seitenfühlung, Höhe 72, Breite 55, Tiefe 45 cm, **M. 31.00.**

dito mit Seitenfühlung, Höhe 93, Breite 49, Tiefe 51 cm, **M. 36.50.**

dito mit Seitenfühlung, Höhe 87, Breite 75, Tiefe 60 cm, **M. 45.00.**

dito mit Eislasten in der Mitte, 2türig, Höhe 82, Breite 93, Tiefe 51 cm, **M. 50.00.**

dito mit Oberfühlung, 1türig, Speiseraum mit Glasplatten ausgelegt, Höhe 93, Breite 49, Tiefe 51 cm, **M. 52.50.**

dito mit Oberfühlung, 2türig, Speiseraum mit Zinblech ausgeschlagen, Höhe 93, Breite 85, Tiefe 51 cm, **M. 60.00.**

dito mit Eislasten in der Mitte, Höhe 87, Breite 108, Tiefe 60 cm, **M. 63.50.**

dito mit Oberfühlung, Höhe 98, Breite 96, Tiefe 60 cm, **M. 75.50.**

sowie jede andere Art u. Größe in kurzer Zeit lieferbar.

Feiner:

Eis-schränke für Schlachter, Gastwirte, Buttergeschäfte etc.

Eis-kisten

Eiszerkleinerungs-Apparate

Eiskonservatoren

Eismaschinen

Eisformen usw.

J. Egberts

Grosses Geschäftshaus.

Betten

hochfeine Qualität, kauft man am besten und billigsten bei

J. H. Frerichs

Ecke Mittel- und Hofstraße.



Der Fischverkauf am Hafen

Ende der Königstraße, beginnt am **Mittwoch früh.** Es ist diesmal reichliche Auswahl vorhanden.

Schellfisch . . . 12, 18, 25 Pf.

Roch-Schollen . . . 25, 30 Pf.

Kotzungen, groß . . . 35 Pf.

„ mittel . . . 25 Pf.

„ klein . . . 20 Pf.

Zu verkaufen

ein **Schäferhund** (deutscher Schottischer Kreuzung). **Wilhelmshaven, Ostseest. 31, I. I.**